

Inhaltsverzeichnis

0.1	Angaben zur Baustelle	4
0.1.1	Lage der Baustellen.....	4
0.1.2	Vorhandene öffentliche Verkehrswege.....	4
0.1.3	Vorhandene Anlagen.....	4
0.1.3.1	Bahnkörper	4
0.1.3.2	Tunnel.....	4
0.1.3.3	Bahnübergänge	4
0.1.3.4	Ingenieurbauwerke	4
0.1.3.5	Schallschutzwände (Lärmschutzanlagen).....	4
0.1.3.6	Oberbau.....	4
0.1.3.7	Hochbauten	4
0.1.3.8	Personenverkehrsanlagen.....	5
0.1.3.9	Straßen und Wege.....	5
0.1.3.10	Tiefbau.....	5
0.1.3.11	Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik.....	5
0.1.3.12	Anlagen der Telekommunikation	5
0.1.3.13	Elektrotechnische Anlagen für Bahnstrom	5
0.1.3.14	Elektrotechnische Anlagen für Licht- u. Kraftstrom	5
0.1.3.15	Maschinentechnische Anlagen.....	5
0.1.3.16	Kabel und Leitungen Dritter.....	5
0.1.3.17	Sonstige bauliche Anlagen und bauliche Anlagen Dritter	5
0.1.3.18	Sonstige Anlagen der Ausrüstung.....	5
0.1.4	Verkehrsverhältnisse	6
0.1.5	Freizuhaltende Flächen	6
0.1.6	Transportwege.....	6
0.1.7	bleibt frei	6
0.1.8	bleibt frei	6
0.1.9	Baugrund	6
0.1.10	Hydrologie.....	6
0.1.11	Besondere umweltrechtliche Vorschriften/Hinweise	6
0.1.12	Besondere Vorgaben für die Entsorgung	6
0.1.12.1	Abfall.....	6
0.1.12.2	Abwasser	7
0.1.13	Schutzgebiete oder Schutzzeiten.....	7
0.1.14	Schutzmaßnahmen	7
0.1.15	bleibt frei	7
0.1.16	bleibt frei	7
0.1.17	Hindernisse.....	7

0.1.18	Kampfmittel.....	7
0.1.19	Baustellenverordnung.....	8
0.1.20	Auflagen Dritter.....	8
0.1.21	bleibt frei	8
0.1.22	Vorarbeiten des AG	8
0.1.23	Arbeiten anderer Unternehmer.....	8
0.1.24	Besondere Auflagen	8
0.2	Angaben zur Ausführung.....	8
0.2.1	Bauablauf.....	8
0.2.2	Erschwernisse	9
0.2.3	Vorgaben aus dem SiGe-Plan.....	9
0.2.4	bleibt frei	9
0.2.5	Kontaminierte Bereiche	9
0.2.6	Besondere Einrichtungen	9
0.2.7	Besondere Anforderungen an Gerüste	10
0.2.8	Mitbenutzung fremder Einrichtungen.....	10
0.2.9	Vorhaltung für andere Unternehmer.....	10
0.2.10	bleibt frei	11
0.2.11	bleibt frei	11
0.2.12	bleibt frei	11
0.2.13	Eignungs- und Gütenachweise.....	11
0.2.13.1	Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) und Bodenmaterial.....	11
0.2.13.2	bleibt frei	12
0.2.14	Umgang mit gewonnenen Stoffen	12
0.2.15	Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen.....	13
0.2.15.1	Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers.....	13
0.2.15.2	Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer.....	14
0.2.15.3	Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle	14
0.2.15.4	Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung.....	15
0.2.15.5	Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle.....	16
0.2.15.6	Umgang mit Rückbau- und Abbruchabfällen.....	16
0.2.15.7	Umgang mit LST- und TK-Reststoffen sowie Schrott.....	17
0.2.15.8	Haufwerksbildung und Bereitstellung	17
0.2.15.9	Deklarationsanalytik.....	18
0.2.15.10	Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen.....	19
0.2.15.10.1	Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren..	19
0.2.15.10.2	Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle	20
0.2.15.10.3	Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle	21
0.2.15.10.4	Anzeige- u. Dokumentationspflichten gemäß Ersatzbaustoffverordnung	22
0.2.15.11	Abrechnung von Entsorgungsleistungen.....	22

0.2.15.12	Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen.....	22
0.2.16	bleibt frei	23
0.2.17	bleibt frei	23
0.2.18	Leistungen für andere Unternehmer.....	23
0.2.19	Zusammenwirken mit anderen Unternehmern	23
0.2.20	bleibt frei	23
0.2.21	bleibt frei	23
0.2.22	bleibt frei	23
0.2.23	DB-spezifische Angaben	23
0.2.24	Ergänzende Ausführungsbestimmungen	23
0.3	Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV	24
0.4	Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen.....	24
0.4.1	Nebenleistungen.....	24
0.4.2	Besondere Leistungen.....	24
0.5	Technische Bearbeitung.....	24
0.5.1	Ausführungsunterlagen	24
0.5.2	Vermessungstechnische Bestandsdokumentation.....	24
0.5.3	Bauwerksdokumentation	25
0.5.4	Bauzeitenplan.....	25
0.6	Baubeschreibung.....	26
0.6.1	Allgemeines	26
0.6.2	Hinweise zur Baudurchführung	27
0.6.2.1	Verkehrsflächen.....	27
0.6.2.2	Straßenentwässerung	27
0.6.2.3	Oberbauarbeiten - Gleisbau	28
0.6.2.4	Beschilderung und Ausstattung.....	28
0.6.2.5	Baugrund - Gründungen	28
0.6.2.6	Kampfmittel.....	28
0.6.2.7	Leitungen	28
0.6.2.8	Baustelleneinrichtungsfläche.....	28
0.6.2.9	Kabeltrasse, Kabeltiefbau.....	28
0.6.2.10	Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik.....	29
0.6.2.11	Anlagen der Elektrotechnik.....	29
0.6.2.12	Anlagen der Telekommunikation	30
0.6.2.13	Verkehrssicherung / Verkehrsführung.....	31
0.6.3	Zur Verfügung gestellte Unterlagen.....	32

Stand:03.12.2025

0.1 Angaben zur Baustelle

0.1.1 Lage der Baustellen

Die Gemeindestraße erschließt das landwirtschaftlich geprägte Umfeld in der südlichen Außerortslage von Westerstede und verbindet die Gehöfte und Ländereien nördlich und südlich der Bahnstrecke. Die Bahnstrecke ist eingleisig ausgebaut und elektrifiziert.

0.1.2 Vorhandene öffentliche Verkehrswege

Die „Ohrweger Straße“ quert in Bahn-km 20,274 die Bahnstrecke 1520 Oldenburg – Leer östlich des Ortsteils Westerstede-Ocholt höhengleich. Sie verbindet die Gehöfte und Ländereien nördlich und südlich der Bahnstrecke.

Der Straßenbaulastträger ist die Stadt Westerstede.

Zugänge, Zufahrten

Die Zufahrt zur Baustelle erfolgt über das öffentliche Straßen- und Wegenetz. Vom Auftraggeber werden ansonsten keine besonderen Zugänge und Zufahrten zur Baustelle zur Verfügung gestellt. Die Beschaffung und Herrichtung von evtl. zusätzlich erforderlichen Zufahrtsmöglichkeiten zur Baustelle ist Sache des Auftragnehmers. Bei Zufahrt/Zulieferungen auf der Schiene erfolgt das in Absprache mit dem AG.

Im Quadranten IV mündet der asphaltierte Wirtschaftsweg auf die Ohrweger Straße, im Quadranten I eine Feldzufahrt.

0.1.3 Vorhandene Anlagen

0.1.3.1 Bahnkörper

Der Bahnkörper liegt im Bereich der Baustellen geländegleich.

0.1.3.2 Tunnel

entfällt

0.1.3.3 Bahnübergänge

Die benachbarten, technisch gesicherten Bahnübergänge sind der BÜ „Nordhornweg“ in Bahn-km 18,752 und der BÜ „Howieker Straße“ in Bahn-km 21,664.

0.1.3.4 Ingenieurbauwerke

Im Bereich der Baustelle sind keine Ingenieurbauwerke vorhanden.

0.1.3.5 Schallschutzwände (Lärmschutzanlagen)

entfällt

0.1.3.6 Oberbau

Das Gleis auf der freien Strecke im Bereich des Bahnübergangs weist die Oberbauform W 54-1667-B90 auf. Die vorhandene BÜ-Befestigung besteht im Zwischenschienenbereich aus Beton-Innenplatten des Fabrikats Bodan und außerhalb ist die Asphaltbefestigung bis an die Außenkante der Schienen herangeführt.

0.1.3.7 Hochbauten

Im Baustellenbereich befindet sich im Quadranten II das Betonschaltheus (BSH), in dem die BÜ-Innenanlage untergebracht ist.

0.1.3.8 Personenverkehrsanlagen

entfällt

0.1.3.9 Straßen und Wege

Die vorhandene Fahrbahnbreite der querenden „Ohrweger Straße“ beträgt vor und hinter der Bahntrasse weniger als 5,00 m. Im Räumbereich des BÜ münden in den Quadranten I eine Feldzufahrt und im Quadranten IV der Wirtschaftsweg „Am Westerfeld“ auf die Ohrweger Straße. Auf der bahnlinken Seite liegt der Kreuzungsbereich mit einem Feldweg im Quadranten III und dem Wirtschaftsweg „Hinterm Berg“ im Quadranten IV außerhalb der notwendigen Räumstrecke von 27 m.

0.1.3.10 Tiefbau

Die Ableitung des Oberflächenwassers erfolgt über die Quer- und Längsneigung der befestigten Straßenoberfläche zur Versickerung auf die belebten Bodenschichten der Straßenrandbereiche.

0.1.3.11 Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik

Der BÜ Bahn-km 20,274 wird derzeit durch eine Lichtzeichenanlage mit insgesamt 4 Lichtzeichen, einem Seitenlicht und Halbschranken (FÜ 1H 60(ZÜM, Lz) gesichert.

0.1.3.12 Anlagen der Telekommunikation

Anlagen der Telekommunikation sind im Baustellenbereich nicht betroffen.

0.1.3.13 Elektrotechnische Anlagen für Bahnstrom

Anlagen der Telekommunikation sind im Baustellenbereich nicht betroffen.

0.1.3.14 Elektrotechnische Anlagen für Licht- u. Kraftstrom

Am BÜ befinden sich eine bestehende Zähleranschlusssäule (ZAS VNB).

Der Bahnübergang ist nicht beleuchtet. Die Strecke ist eingleisig und elektrifiziert.

0.1.3.15 Maschinentechnische Anlagen

entfällt

0.1.3.16 Kabel und Leitungen Dritter

Im Baustellenbereich des Bahnübergangs befinden sich gemäß der Leitungsauskunft von Dritten, Anlagen von Kommunikations- und Versorgungsleitungen. Grundsätzlich sind die vorhandenen Ver- und Versorgungsanlagen nicht von den Umbauarbeiten betroffen, jedoch werden nahegelegene Kabel und Leitungen insbesondere im Bereich von herzustellenden Gründungen sowie Kabelquerungen und Schächte bauzeitlich gesichert. Vor Baubeginn müssen erneut Leitungsanfragen bei den zuständigen Betreibern gestellt werden.

Ggf ist die genaue Lage in der Örtlichkeit durch Suchschachtungen zu erkunden. Evtl. erforderliche Begleitmaßnahmen sind mit den zuständigen Betreibern abzustimmen. Die Einbauhinweise und Kabelmerkmale sind zu berücksichtigen:

Telekommunikation Deutsch Telekom (als Freileitung)

0.1.3.17 Sonstige bauliche Anlagen und bauliche Anlagen Dritter

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.3.18 Sonstige Anlagen der Ausrüstung

entfällt

0.1.4 Verkehrsverhältnisse

Gleisgebunden:

- Streckenklasse im Bestand: D4 22,5t 8,0t/m
- Geschwindigkeit gem. VzG: 120 km/h
- Zugfolge-Anzahl von Zügen pro Tag und Richtung: Richtung (HZWI > HOCH) 21 Züge, Gegenrichtung (HOCH > HZWI) 24 Züge
- Betriebsruhen: sehr unregelmäßig und müssen im Einzelfall ermittelt werden (Dauer 1,5 bis 3 Std.)
- Sperrpausen: s. Anlage 3.15

Straßengebunden:

Die „Ohrweger Straße“ ist eine Erschließungsstraße von untergeordneter verkehrlicher Bedeutung. Sie weist mit 418 Kfz/Tag (17% SV / 62 Radfahrer und Fußgänger) ein mäßiges Verkehrsaufkommen auf. Der BÜ darf mit max. 50 km/h überfahren werden. Es liegen keine Last-, Breiten- oder Höhenbeschränkungen (Oberleitung ist zu beachten) vor. Eine straßenseitige Sperrung der Ohrweger Straße während der Baumaßnahme mit dem Straßenbaulastträger abzustimmen.

Der AG übernimmt keine Gewähr in Bezug auf die Verfügbarkeit und die Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Verkehrswege und -flächen außerhalb des vertraglichen Leistungsbereiches, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Über- und Unterführungen für vom AN vorgesehene Schwerlastverkehre.

0.1.5 Freizuhaltende Flächen

entfällt

0.1.6 Transportwege

Die Transporte erfolgen über das öffentliche Straßen- und Wegenetz gemäß Ziffer 0.1.1

Die Wahl der Transportwege obliegt dem AN. Der von der DB benannte Tarifpunkt ist der Bahnhof Ocholt.

0.1.7 bleibt frei

0.1.8 bleibt frei

0.1.9 Baugrund

Siehe dazu Baugrundgutachten unter Anlage 3.5.

0.1.10 Hydrologie

Siehe dazu Baugrundgutachten unter Anlage 3.5.

0.1.11 Besondere umweltrechtliche Vorschriften/Hinweise

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.12 Besondere Vorgaben für die Entsorgung

0.1.12.1 Abfall

Die Regelungen von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben und der Umgang mit diesen wird unter Punkt 0.2.15 beschrieben.

0.1.12.2 Abwasser

Im Baubereich gelten die aktuellen Regelungen zum Umgang mit dem vom Bauvorhaben betroffenen Grundwasser, Niederschlagswasser sowie auch zu Altlastenflächen, von denen das Grundwasser beeinflusst ist.

Für die Baumaßnahmen sind Wasserhaltungsmaßnahmen durchzuführen, sofern der Grundwasserstand zum Zeitpunkt der Baudurchführung dies erforderlich macht. Die in der Vergangenheit beobachteten Grundwasserstände variieren stark. Es handelt sich um Stichtagsmessungen während der Bohrarbeiten. Anhand der vorliegenden Daten kann nicht eindeutig festgelegt werden, ob es sich um einen freien Grundwasserspiegel oder Stauwasser auf den anstehenden geringdurchlässigen Böden handelt. Daher ist vor Beginn der jeweiligen Bodenarbeiten für Baugruben der Grundwasserstand zu ermitteln und ggf. eine Wasserhaltung zu installieren. Für die Antragsstellen bei einer notwendigen Grundwasserentnahme ist die geltende Frist bei der zuständigen Wasserbehörde des EBA zu beachten.

0.1.13 Schutzgebiete oder Schutzzeiten

Keine besonderen Anmerkungen

Gewässerschutz

Entfällt

Lärmschutz

Da sich die Baustelle in der Nähe von Wohnbebauungen befindet, sind alle erforderlichen Maßnahmen zum Lärmschutz zu treffen, z.B. Durchführung lärmintensiver Arbeiten nur zur Tageszeit, Einsatz lärmarmer Maschinen usw.

Die Asphaltarbeiten am Bahnübergang im Bereich der Gleise müssen in den genehmigten Nachtsperrenpausen gemäß Anlage 3.15 stattfinden. Diese Nachtarbeiten sind durch den AN anzumelden und mit der Stadt Westerstede abzustimmen. Es ist eine notwendige Vorlaufzeit bei der Beantragung zu beachten.

0.1.14 Schutzmaßnahmen

Im Baubereich sind alle schützenswerten Objekte, Grenzsteine, Einbauten, Oberleitung usw. in geeigneter Weise durch Abgrenzungen oder Ummantelungen zu schützen.

Belange des Boden- und Denkmalschutzes

Entfällt

Landschaftspflegerische Begleitplanung (LBP)

Keine besonderen Anmerkungen

0.1.15 bleibt frei

0.1.16 bleibt frei

0.1.17 Hindernisse

Die unter 0.1.3 genannten Anlagen sind als Hindernisse im Baubereich vorhanden.

0.1.18 Kampfmittel

Es wird bestätigt, dass die DB InfraGO AG als Bauherrin, die im Bundesland Niedersachsen geltenden Anforderungen zur Klärung eines Kampfmittelverdachts durchgeführt hat.

Die Bewertung der Luftbilddatenbank hat ergeben, dass kein Kampfmittelverdacht besteht und weitergehende kampfmitteltechnische Maßnahmen nicht erforderlich sind.

Die vorliegenden Luftbilder konnten nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, sind umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsen bei der RDHameln-Hannover des LGLN zu benachrichtigen.

0.1.19 Baustellenverordnung

keine besonderen Anmerkungen

0.1.20 Auflagen Dritter

Bei Arbeiten in der Nähe von Ver- und Entsorgungsleitungen sind die Hinweise aus dem Kabelmerkkblatt, Anl. 2.9 zum Bauvertrag zu berücksichtigen. Auf Nachfrage können dem AN im Zuge der Ausführungsplanung durch den AG darüber hinaus Stellungnahmen der einzelnen Leitungsträger zur Verfügung gestellt werden. Den Baubereich berühren gemäß Bestand- und Leitungsplan lediglich Fernmelde- und LST-Kabel.

0.1.21 bleibt frei

0.1.22 Vorarbeiten des AG

Keine besonderen Anmerkungen.

0.1.23 Arbeiten anderer Unternehmer

Folgende Andere Unternehmer sind zeitgleich im Bereich der Baustelle tätig:

AN-LST BÜSA,

AN-TK,

AN-SICH,

AN-SiGeKo

0.1.24 Besondere Auflagen

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf Technische Spezifikationen, z.B. nationale Normen, mit denen Europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, Internationale Normen, Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“ immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

Nach Abschluss der Arbeiten sind die benutzten Flächen insbesondere im Bereich der Zuwegungen und der Baustelleneinrichtungsfläche wieder ordnungsgemäß entsprechend dem ursprünglichen Zustand auf Kosten des AN herzurichten. Die ordnungsgemäße Wiederherstellung der Fläche ist in einem gemeinsamen Protokoll mit dem Eigentümer festzuhalten.

0.2 Angaben zur Ausführung

0.2.1 Bauablauf

Der geplante Bauablauf ist dem Rahmenterminplan des AG gem. Anlage 3.1 zu entnehmen. Es ist keine Unterteilung Baustufen geplant. Mitte 2025 werden die bautechnischen und sicherungstechnischen Maßnahmen am BÜ Westersteder Straße durchgeführt.

Für die Durchführung von Arbeiten im Gefahrenbereich der Betriebsgleise sind Sperrpausen erforderlich. Die angemeldeten Sperrzeiten für die Baumaßnahmen sind in der Anlage 3.15 ggf. einschließlich Bauphasenkonzept aufgelistet.

Veränderungen der angemeldeten Sperrpausen sind nicht zulässig. Ein eventueller Bedarf von zusätzlichen Sperrpausen kann nur in Ausnahmefällen mit einem Vorlauf von mindestens 33 Wochen angemeldet werden. Ein Anspruch des AN auf Gewährung zusätzlicher Sperrpausen besteht nicht.

Ist bei den Bauarbeiten der Eisenbahnbetrieb gefährdet oder behindert, muss das betroffene Gleis bzw. der Arbeitsraum durch den Auftraggeber gesperrt oder entsprechend gesichert werden.

Für diese Bauarbeiten ist zwingend eine Betriebs- und Bauanweisung (Betra) erforderlich. Der Betra-Antrag wird unter Angabe der Örtlichkeit und der geplanten Maßnahme durch die örtliche BÜW gestellt. Der AN hat jeweils alle notwendigen Angaben rechtzeitig (mindestens 10 Wochen vorher) zu liefern und bei der

Antragstellung mitzuwirken. Eine gesonderte Vergütung hierfür erfolgt nicht, die Aufwendungen sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Betrieblich bedingte Änderungen von Sperrpausen sind möglich (z.B. Verspätungen, Bedarfszüge etc.). Der AN kann hieraus keine Mehrkosten ableiten.

0.2.2 Erschwernisse

Das Bauvorhaben muss außerhalb der Sperrzeiten unter Aufrechterhaltung und ohne Gefährdung des Eisenbahnbetriebes durchgeführt werden. Während der Bauarbeiten ist stets der Regellichtraum bzw. der Gefahrenraum für Bahnfahrzeuge freizuhalten. Arbeiten im Lichtraumprofil sind stets nur im gesperrten Gleis bzw. während der Betriebspausen möglich.

Die Erstellung der Gleisquerung findet im Press-Bohr-Verfahren oder einem gleichwertigen Verfahren statt. Die damit verbundene Erschwernisse sind bei der Preisfindung zu berücksichtigen.

Alle Baufahrzeuge und Baumaschinen müssen mit Tropf- und Spritzsicherung ausgestattet sein. Es sind umweltverträgliche Öle und Schmierstoffe zu verwenden.

Zum Beginn und zum Ende jeder Sperrpause stehen jeweils 0,5 Stunden für zeitparallele Begleitarbeiten des AG bzw. für das Aus- und Einschalten der Oberleitung und Freigabe des Gleises nicht für die Ausführung von Leistungen durch den AN zur Verfügung, die nutzbare Sperrzeit für den AN reduziert sich hiermit entsprechend.

Die Angaben der Mengen einzelner Leistungspositionen erfolgt ggf. zeitlich und räumlich getrennten Abschnitten (BÜ-Bereich).

Die Zufahrten zur Baustelle werden zeitweise auch durch die unter 0.1.22 genannten Unternehmer genutzt.

Der AN hat den anderen am Bau beteiligten AN gemäß Abschnitt 0.1.22 wie unter 0.2.8 beschrieben, zeitlich befristet im beschriebenen Umfang BE- und Bereitstellungsflächen (zusammenhängend) zur Verfügung zu stellen.

Die Aufwendungen für die vorgenannten Erschwernisse sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.3 Vorgaben aus dem SiGe-Plan

Keine besonderen Anmerkungen, es gelten die Festlegungen der Ausschreibung im Übrigen.

0.2.4 bleibt frei

0.2.5 Kontaminierte Bereiche

Sollten im Rahmen der Bautätigkeit Arbeiten in kontaminierten Bereichen bzw. Bauwerken/ Anlagen erforderlich oder deren Rückbau notwendig werden, sind das einschlägige berufsgenossenschaftliche Regelwerk (u. a. DGUV Regel 101-004 Regelungen für Arbeiten in kontaminierten Bereichen), die Anforderungen der Baustellenverordnung und die Rechtsvorschriften des Bundeslandes Niedersachsen zu befolgen.

0.2.6 Besondere Einrichtungen

Baustelleneinrichtung- und Bereitstellungsflächen

Die Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen sind vom AN durch einen umlaufenden Bauzaun wirksam gegen unbefugte Zutritte, Nutzungen o.ä. durch Dritte zu sichern, insbesondere außerhalb der Betriebs- und Arbeitszeiten entsprechend abzusperren.

Aufwendungen zum Errichten, Vorhalten, Betreiben, Unterhalten, ggf. Umsetzen und Rückbauen des Bauzaunes und der notwendigen Sicherungseinrichtungen sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Bereitstellungsflächen werden für die Lagerung von extern angeliefertem oder im Zuge der Bauarbeiten ausgehobenem bzw. abgebrochenem Material benötigt.

Weiterhin soll hier die Beprobung (Deklarationsanalytik) durchgeführt werden.

Für diese Bereitstellung der anfallenden Abfälle ist die BE-Fläche zu nutzen.

Sofern zusätzliche Flächen erforderlich werden sollten, hat die Inanspruchnahme erst nach schriftlicher Anzeige beim AG und erfolgter schriftlicher Zustimmung des AG zu erfolgen. Dabei sind die Bestimmungen in Kapitel 0.2.15.3 zu beachten.

Mit Oberleitung überspannte Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen:

Werden dem AN Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen auf dem Gelände der DB AG zugewiesen, ist es möglich, dass diese mit Oberleitung (z.B. Quertragwerke) überspannt sind.

Der AN hat durch Einweisungsposten sicherzustellen, dass bei An-/Abtransport von Materialien und Ladearbeiten die vorhandene Oberleitungsanlage nicht beschädigt wird.

Bereitstellung Absetzmulden durch AN:

Durch den AN sind abschließbare Absetzmulde(n) (Volumen nach Wahl des AN) zur Sammlung von metallischen Wertstoffen auf der Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche des AN zur Verfügung zu stellen, siehe entsprechende Leistungsposition

Der AN hat alle metallischen Wertstoffe in den bereitgestellten Absetzmulden sortenrein zu sammeln. Hierfür sind die Ausbaustoffe dementsprechend zu zerkleinern. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Übernahme der ausgebauten Oberbaumaterialien:

Die Übernahme der ausgebauten Oberbaumaterialien durch den AG oder einen vom ihm beauftragten Dritten erfolgt an der Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche des AN (Übergabestelle).

0.2.7 Besondere Anforderungen an Gerüste

entfällt

0.2.8 Mitbenutzung fremder Einrichtungen

entfällt

0.2.9 Vorhaltung für andere Unternehmer

Der BÜW des AG ist eine Fläche von min. 70 m² der unentgeltlich zur Verfügung gestellten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsfläche für deren eigene Zwecke (insb. Container, Parkplätze) zur Verfügung zu stellen. Die Fläche muss zusammenhängend und mit LKW erreichbar sein.

Die Fläche ist während der gesamten Leistungserbringungszeit des AN auf der Baustelle zur Verfügung zu stellen.

0.2.10 bleibt frei

0.2.11 bleibt frei

0.2.12 bleibt frei

0.2.13 Eignungs- und Gütenachweise

0.2.13.1 Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe (MEB) und Bodenmaterial

Der AN wird auf das Inkrafttreten der sog. Mantel-Verordnung mit ihren wesentlichen Bestandteilen Ersatzbaustoffverordnung (EBV) und einer erheblich geänderten Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) zum 01.08.2023 hingewiesen. Bei der Umsetzung ist, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, folgendes zu beachten:

Die EBV regelt die Anforderungen an den Einbau von mineralischen Ersatzbaustoffen (MEB) in technische Bauwerke und ersetzt die bislang geltenden Vorgaben der LAGA - Merkblätter bzw. spezielleren landesrechtlichen Regelungen. Bodenmaterial, welches in oder unterhalb eines technischen Bauwerkes eingebaut werden soll, ist als MEB zu betrachten und unterliegt ebenfalls der EBV.

Die geänderte BBodSchV regelt den Einbau von Boden in, außer- oder unterhalb einer durchwurzelbaren Bodenschicht oder in bodenähnlichen Anwendungen außerhalb von technischen Bauwerken.

Daher ist die Umweltverträglichkeit für zugelieferte mineralische Ersatzbaustoffe auf Basis der Materialklassen der EBV und für zugeliefertes Bodenmaterial in bodenähnlichen Anwendungen auf Basis der Vorgewerte der BBodSchV nachzuweisen.

Der AN hat 8 Wochen vor einem geplanten Einbau von Bodenmaterial in das Bauvorhaben oder von MEB in technische Bauwerke des Bauvorhabens die schriftliche Zustimmung des AG dazu einzuholen. Dem Antrag sind die Nachweise der Umweltverträglichkeit und der bodenphysikalischen Eignung des MEB beizufügen, bei einem Einbau in technische Bauwerke ist zusätzlich die technische Bauweise gemäß Anlage 2 + 3 EBV anzugeben.

Die DB AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen untersagen für ihre Bauvorhaben, Grundstücke und Anlagen generell den Einbau der in § 20 Abs. 1 EBV aufgeführten mineralischen Ersatzbaustoffe u.a. Kuppel- und Hochofenschlacke, Hüttensand, Flug- und Kesselasche und Gießereirestsand.

Der zum Einbau vorgesehene zugelieferte Bodenaushub ist vom AN fachgerecht und getrennt nach Bodenarten zwischenzulagern, so dass sich die bodenphysikalischen Eigenschaften und die Bodenfunktionen nicht verschlechtern.

Die Umweltverträglichkeit der MEB ist durch eine repräsentative chemische Analytik eines akkreditierten Labors nachzuweisen. Der AN hat für zugelieferte MEB auch die notwendigen bodenphysikalischen Untersuchungen, z.B. Verdichtungsfähigkeit, Verformungsmodul und Wasserdurchlässigkeit, durchzuführen. Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers bzw. des Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Für den Nachweis der Umweltverträglichkeit von Neuschotter oder Recyclingschotter sowie PSS / FSS gelten neben der EBV die Anforderungen des DB- Regelwerks.

Der AN hat die laufende Übereinstimmung des eingebauten Materials mit den vorgelegten Nachweisen zu gewährleisten, der AG behält sich stichprobenartige Kontrolluntersuchungen vor. Bei Nichteignung ist das Material vom AN ordnungsgemäß und für den AG kostenfrei zu entsorgen.

Bezüglich der Einbaudokumentation und der Vor- und Abschlussanzeigen gem. EBV siehe Ziff. 0.2.15.10.4.

Die Erstellung der Einbaudokumentation und ggf. der Anzeigen erfolgt grundsätzlich erst nach AG seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Die Übermittlung einer Vor- und Abschlussanzeige an die zuständigen Behörden ist erforderlich, wenn ein geplanter Einbau von MEB (inkl. Bodenmaterial) die nachfolgenden Kriterien erfüllt:

1. Es soll Bodenmaterial mindestens BM-F0*, Baggergut mind. BG-F0*, aufbereiteter Gleisschotter mind. GS-1 oder aufbereitete RC-Baustoffe mind. RC-1 oder jeweils höherer Materialklassen in Wasser- oder Heilquellenschutzgebiete der Zone III oder höher eingebaut werden oder
2. Es soll Bodenmaterial, Baggergut oder RC-Baustoffe der Klasse 3 (BM-F3, BG-F3 oder RC-3) mit einer geplanten Einbaumenge $\geq 250 \text{ m}^3$ eingebaut werden.

Nach dem Ende des Einbaus ist für die o.g. Materialien im System ZEDAL eine Abschlussanzeige zu erstellen.

0.2.13.2 bleibt frei

0.2.14 Umgang mit gewonnenen Stoffen

Das im Rahmen der Baumaßnahme auszuhebende Bodenmaterial ist selektiv abzutragen, um eine Vermischung unterschiedlichen Bodenmaterials zu vermeiden.

Der zum Wiedereinbau im Bauvorhaben (am Herkunftsort) vorgesehene Bodenaushub ist fachgerecht und getrennt nach Bodenarten zwischenzulagern, so dass sich die bodenphysikalischen Eigenschaften und die Bodenfunktionen nicht verschlechtern.

Der zum Wiedereinbau am Ort der Entstehung vorgesehene Bodenaushub unterliegt nicht dem Abfallrecht und bedarf gemäß der Bundesbodenschutzverordnung keiner chemischen Untersuchung, soweit nach Art, Menge, Schadstoffgehalten und physikalischen Eigenschaften des Materials sowie den Schadstoffgehalten am Einbringungsort das Entstehen einer schädlichen Bodenverunreinigung nicht zu besorgen ist. Der AN hat mit dem AG abzustimmen, ob und in welcher Frequenz für dieses Material dennoch chemische Untersuchungen durchzuführen sind. Die notwendigen bodenphysikalischen Untersuchungen für das wiedereinzubauende Material, sind in jedem Fall vom Auftragnehmer zu erbringen.

Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers / Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Der AN hat 14 Kalendertage vor dem geplanten Wiedereinbau von Bodenaushub die Zustimmung des AG einzuholen, dabei sind erforderlichen Nachweise der bodenphysikalischen und ggf. chemischen Eignung beizulegen.

Der Wiedereinbau ist mit dem Vordruck M.01.02.15.03 Anlage 10 „Einbaudokumentation Boden und Ersatzbaustoffe“ zu dokumentieren. Die Dokumentation ist um die jeweiligen Analyseberichte zu ergänzen und unverzüglich der BÜW zu übergeben.

Sofern der AN mit der Entsorgung von Bodenaushub und mineralischen Restbaustoffen des Bauvorhabens beauftragt ist, hat er den nicht im Bauvorhaben wieder einbaubaren Bodenaushub vorzugsweise in bodenähnlichen Anwendungen außerhalb des Bauvorhabens zu verwerten, ist dies nicht möglich, ist der Bodenaushub anderweitig ordnungsgemäß und schadlos zu verwerten oder gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Plant der AN die Verbringung von Bodenaushub in andere Bauvorhaben oder von MEB in technische Bauwerke anderer Bauvorhaben, hat er dafür die schriftliche Zustimmung des AG einzuholen, parallel sind die entsprechende Einbaugenehmigung der zuständigen Behörde und die schriftliche Zustimmung des betroffenen Dritten vorzulegen.

Bezüglich der Einbaudokumentation und den Vor- und Abschlussanzeigen gem. EBV siehe Ziff. 0.2.15.10.4.

Die Erstellung der Einbaudokumentation und ggf. der Anzeigen erfolgt grundsätzlich erst nach AG seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind einzukalkulieren, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

0.2.15 Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen

0.2.15.1 Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer richtet seine Leistung darauf aus, den Anfall von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben zu minimieren, indem er z.B. durch selektiven Bodenabtrag und einen separierenden Rückbau gewährleistet, dass die im Bauvorhaben anfallenden Materialien und Abfälle sortenrein gewonnen und getrennt bereitgestellt werden.

Der AN hat bei seinen Ausführungsunterlagen (z.B. Massenkonzent) und Baudurchführung, soweit rechtlich zulässig und wirtschaftlich vorteilhaft, die vorrangige Wiederverwendung von Boden und ggf. weiteren Stoffen im Bauvorhaben anstelle von Ausbau und Entsorgung umzusetzen.

Nach Zuschlagserteilung hat der AN entsprechend frühzeitig mit den erforderlichen bodenphysikalischen Untersuchungen, soweit möglich unter Verwendung von Rückstellproben des AG, zu beginnen, um die Möglichkeiten zur Wiederverwendung des Materials abzuklären.

Beim Antreffen von bisher nicht bekannten Bodenverunreinigungen und Altablagerungen ist der AN verpflichtet, die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen. Der betreffende Bereich ist zu sichern und es sind die vertragsabwickelnde Stelle, die BÜW und die Abfalltechnische Bauüberwachung zu informieren.

Sach- und Fachkundenachweise

Der Auftragnehmer hat vor Ort auf der Baustelle einen Abfallverantwortlichen (i.S.d. § 59 KrWG) mit der Qualifikation eines Abfallbeauftragten / Fachbauleiters zu stellen (vgl. entspr. LV-Position).

Der Abfallverantwortliche muss über einen Sachkundenachweis für die Probenahme fester Abfälle gemäß LAGA PN98 verfügen.

Sofern der AN vom AG mit der Durchführung von chemischen Untersuchungen / Deklarationsanalysen beauftragt wird, hat er für die Probenahme einen unabhängigen und für die Art der Probenahme fach- und sachkundigen Probenehmer (LAGA PN98), für die Analytik ausschließlich einen nach DIN EN ISO / IEC 17025 akkreditierten Nachauftragnehmer einzusetzen.

Zur Vermeidung von Interessenkonflikten darf der AN Leistungen der Probenahme oder Bewertung von Analyseergebnissen (Prüfberichte) nicht an Nachunternehmer beauftragen, wenn diese gleichzeitig am Entsorgungsvorgang beteiligt sind, z.B. Entsorgungsunternehmen, Abfallmakler und Transportunternehmen.

Der Auftragnehmer hat dem AG die für diese Tätigkeiten vorgesehenen Nachunternehmer unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch im Entsorgungskonzept AN, namentlich und unter Vorlage der notwendigen Fach- und Sachkundenachweise bzw. Zertifikate zu benennen.

Entsorgungskonzept AN

Der AN hat auf der Basis der Vergabeunterlagen und der Gegebenheiten des Bauvorhabens ein verbindliches, vorhabenbezogenes Entsorgungskonzept für die Baudurchführung gemäß der M.01.02.15.03 Anlage 8 „Mustergliederung Entsorgungskonzept AN“ zu erstellen.

Über den ausgeschriebenen Analysenumfang hinaus erforderliche Parameter für die Abfalldeklaration sind mit Übergabe des Entsorgungskonzepts AN anzuzeigen und durch den AG zu genehmigen, für die Analytik nach EBV bzw. LAGA gelten dazu gesonderte Vorgaben, vgl. Kapitel 0.2.15.5. Über die vom AG genehmigten Parameter hinausgehenden Änderungen bzw. nachträgliche Änderungen auf Verlangen des AN werden nicht berücksichtigt und gehen zu seinen Lasten.

Das Vorliegen eines bestätigten Entsorgungskonzeptes ist Voraussetzung für jegliche Wiedereinbau- oder Entsorgungsmaßnahmen.

0.2.15.2 Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer

Abfallerzeuger gemäß KrWG § 3 Abs. 8 ist:	DB InfraGO AG Projekte Bahnübergänge Bremen / Osnabrück I.II-N-B-S-B Lindemannallee 3 30173 Hannover Projektbezeichnung: Erneuerung BÜ 20,2 Ohrweger Straße, G.016128993 Vertragsabwickelnde Stelle gem. Bauvertrag
Abfallbesitzer gemäß KrWG § 3 Abs. 9 ist:	der Auftragnehmer (AN)

Der Abfallerzeuger ist für die Bau- und Abbruchabfälle, die unmittelbar aus der Baumaßnahme stammen (z.B. Oberbaumaterial, Bodenaushub, Bauschutt, Kabel, Schrott), rechtlich verantwortlich. Der Auftragnehmer wird für diese Abfälle Abfallbesitzer. Er wird vom Abfallerzeuger mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben des Abfallerzeugers beauftragt.

Die im Vorhaben anfallenden Bau- und Abbruchabfälle sind vom AN ordnungsgemäß (rechtskonform) und schadlos unter Einhaltung aller im Bauvertrag enthaltenen Vorgaben zu entsorgen, hierfür haftet der AN dem AG. Die Abfallerzeuereigenschaft und das Eigentum der DB / DB InfraGO AG an den Bau- und Abbruchabfällen des Bauvorhabens endet mit der Entsorgung.

Der AN stellt sicher, dass die von Ihm mit dem Transport und der Entsorgung beauftragten Nachunternehmer zuverlässig, fachlich geeignet und rechtlich befugt sind, daher hat der AN für die Beförderung der Bauabfälle nur zugelassene Transporteure und für deren Entsorgung nur zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe zu binden. Entsprechende Unterlagen sind unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens mit dem Entsorgungskonzept AN, an den AG zu übergeben.

Der AN hat den AG unverzüglich über geänderte Annahmekriterien von Entsorgungsanlagen, den vorgesehenen Wechsel des Entsorgers bzw. der Entsorgungsanlage sowie über Abstimmungs- / Genehmigungserfordernisse mit den zuständigen Behörden zu informieren. Abstimmungen mit den Behörden erfolgen ausschließlich durch den AG.

Der AN ist Abfallerzeuger und Abfallbesitzer gemäß §3 Abs. 8+9 KrWG für die Abfälle, die er u.a. durch Lieferungen sowie den Betrieb und die Unterhaltung der Baustelleneinrichtung erzeugt (z.B. Verbaumaterialien, Material zur Erstellung von Baustraßen, Verpackungen). Diese Abfälle sind von ihm selbständig und separat von den Abfällen des AG gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften zu entsorgen und werden nicht gesondert vergütet. Auf Anforderung sind dem AG Verbleibsnachweise für diese Abfälle in Kopie zu übergeben.

0.2.15.3 Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle

Der AN hat für alle vom AG zur Verfügung gestellten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen inklusive Baustellenzufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV für den anstehenden Unterboden durchzuführen. Da die BE-Flächen i.d.R. auf dem Unterboden aufbauen, sind die chemischen Bodenuntersuchungen zur Beweissicherung nach dem Abschieben und vor dem Wiederandecken des Oberbodens vorzunehmen.

Sollten die BE-Flächen direkt auf dem Oberboden aufbauen, ist die Beweissicherung für diesen bis in eine Tiefe bis ca. 30 cm durchzuführen. Der Analyseumfang ist mit dem AG vorab abzustimmen.

Sofern der AN zusätzliche Flächen außerhalb der vom AG zur Verfügung gestellten, planfestgestellten oder anderweitig genehmigten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen bzw. außerhalb der Baustelle / der Erstreckung der Bau- und Betriebsanweisung (BETRA) zur Bereitstellung oder Aufbereitung nutzen will, hat er selbständig die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich - rechtlichen Genehmigungen (z.B. gemäß 4. BImSchV) einzuholen und diese dem AG vor der Nutzung nachweisfähig (z.B. Bescheid) vorzulegen.

Der AN hat auch für diese Flächen einschließlich der Zufahrten ein bodenchemisches Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV durchzuführen.

Sofern der AN auf o.g. baustellenfernen, nicht planfestgestellten Flächen mehr als 100 t nicht gefährliche bzw. mehr als 30 t gefährliche Abfälle bereitstellt (zwischenlagert) oder behandelt oder auf baustellennahen Flächen über einen längeren Zeitraum zwischenlagert oder behandelt, hat er gemäß 4. BImSchV vor Nutzungsbeginn eine Genehmigung der zuständigen Immissionsschutzbehörde zu beantragen.

In Bezug auf die o.g. Flächen hat der AN dem AG auf Anforderung die für ein ggf. erforderliches Planänderungsverfahren beim Eisenbahnbundesamt oder einem sonstigen Genehmigungsverfahren der zuständigen Behörde notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Alle mit den vorgenannten Anforderungen verbundenen Leistungen sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Die für die Bereitstellung von Abfällen und damit der Lagerung von wassergefährdenden Stoffen vorgesehenen Bereitstellungsflächen ohne Planfeststellung bzw. ohne direkten Baustellen-/ BETRA-Bezug sind vom Auftragnehmer auf Anordnung des AG als AwSV – Anlage mit entsprechenden Anforderungen (u.a. Eignungsfeststellung, Anlagendokumentation, Betriebsanweisung, Betriebstagebuch, Überwachungs- und Prüfpflichten) zu betreiben.

0.2.15.4 Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung

Der Auftragnehmer hat die Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) einzuhalten. Die GewAbfV betrifft diverse nicht gefährliche Siedlungsabfälle (hausmüllähnliche Abfälle) des 20iger AVV- Nummernkreises z.B. Papier, Pappe, Glas sowie folgende nicht gefährlichen Bauabfälle:

- AVV 170101 Beton
- AVV 170102 Ziegel
- AVV 170103 Fliesen u. Keramik
- AVV 170107 gemischter Bauschutt
- AVV 170202 Glas
- AVV 170203 Kunststoff
- AVV 170401 bis 170407 div. Metalle
- AVV 170411 nicht gefährliche Kabel
- AVV 170201 Holz
- AVV 170604 Dämmmaterial
- AVV 170302 Bitumengemische.

Diese Abfälle sind vom AN grundsätzlich getrennt auszubauen, getrennt zu halten bzw. bereit zu stellen, zu befördern sowie vorrangig der Vorbereitung zur Wiederverwendung oder dem Recycling zuzuführen.

Eine Entsorgung von Gemischen der o.g. Abfälle ist unbedingt zu vermeiden.

Sofern Gewerbeabfälle aus den gemäß GewAbfV zulässigen Gründen als Gemische anfallen, sind diese unverzüglich und nachweislich zur Auftrennung in die Teilfraktionen den dafür zugelassenen Aufbereitungsanlagen (Siedlungsabfälle) bzw. Vorbehandlungsanlagen (Bauabfälle) zuzuführen.

Ist eine Abfalltrennung oder Aufbereitung technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar, sind die Gemische möglichst hochwertig zu verwerten, ist auch dies nicht möglich, sind die Gemische ordnungsgemäß und gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Als Nachweise über die Getrennthaltung, die abweichend erforderliche Vorbehandlung / Aufbereitung oder die abweichend erforderliche schadlose, hochwertige sonstige Verwertung hat der Auftragnehmer dem AG geeignete Dokumente, wie z.B. Haufwerkslagepläne, Probenahmeprotokolle einschließlich Fotodokumentation zu übergeben. In den Unterlagen sind die Abweichungen von den Vorgaben der GewAbfV unter Verwendung der Kategorien der GewAbfV nachvollziehbar zu dokumentieren und zu begründen, die Dokumente sind von der BÜW zu bestätigen und mit den zur Freigabe der Entsorgung der Gemische durch den AG eingereichten Entsorgungsnachweisen zu übermitteln und im eANV / e-Akte zu hinterlegen.

0.2.15.5 Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle

Der AG schreibt die im gegenständlichen Bauvorhaben zu erbringenden Entsorgungsleistungen von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen (MBA) zur Verwertung über ein Leistungsverzeichnis aus, das sich an den in Anlage 1 Tab. 1 - 4 und Anlage 4 Tab. 2.2 der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) definierten Materialklassen bzw. Materialwerten orientiert, aber um zusätzliche Materialwerte erweitert wurde. Diese zusätzlichen Materialwerte sind erforderlich, um alle relevanten Schadstoffe zu erfassen und um die mineralischen Abfälle als gefährlich / nicht gefährlich einstufen und einer AVV-Nr. zuordnen zu können. Diese Regelung betrifft folgende Abfallarten:

Abfallbezeichnung	Abfallschlüssel AVV	Materialklasse gemäß EBV
Boden ≤ 10% mineralische Fremdbestandteile	17 05 04	BM-0*
Boden > 10% u. ≤ 50% mineralische Fremdbestandteile	17 05 04	BM-F0*, BM-F1, BM-F2, BM-F3
Beton(bruch)	17 01 01	RC-1, RC-2, RC-3
Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 170106 fallen	17 01 07	RC-1, RC-2, RC-3

BM-x: Bodenmaterial Materialklasse X mit ≤ 10% mineralische **Fremdbestandteile**

BM-Fx: Bodenmaterial Materialklasse X mit > 10% u. ≤ 50% mineralische **Fremdbestandteile**

Die vereinbarte Leistungsbeschreibung und Vergütung stellen die vertragliche und abfallrechtliche Grundlage für die Erbringung der vereinbarten Entsorgungs- und Transportleistungen und ggf. Analytikleistungen des Auftragnehmers dar. Der AN hat dies bei der Vertragsgestaltung mit den von ihm gebundenen Ingenieurbüros/ Untersuchungsstellen sowie Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen und Beförderern zu berücksichtigen.

Der AN hat alle mineralischen Bau- und Abbruchabfälle (MBA) je Haufwerk / Ausbaurückbau gemäß EBV zu untersuchen und einzustufen, um diese den entsprechenden Entsorgungspositionen im LV des Bauvertrages zuordnen zu können.

Hat der AN mit den von ihm gebundenen Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen Untersuchungen/Einstufungen nach anderen Vorschriften, z.B. LAGA oder BBodSchV vereinbart, hat er diese Leistungen in sein Angebot einzukalkulieren, es erfolgt keine gesonderte Vergütung. Plant der AN die direkte Verwertung von Bodenmaterial in einem technischen Bauwerk, ist die dazu erforderliche EBV-Analytik ebenso in sein Angebot einzukalkulieren.

0.2.15.6 Umgang mit Rückbau- und Abbruchabfällen

Die vom AN durchzuführenden Rückbau- und Abbrucharbeiten umfassen den Rückbau der vollständigen ober- und unterirdischen Bauwerkssubstanz, die Entkernung und Demontage der diversen, ggf. schadstoffhaltigen Baustoffe, Einrichtungsgegenstände, Installationen und Anlagen, den Transport und die fachgerechte Entsorgung aller anfallenden Abfälle und ggf. die Verfüllung der Baugruben mit unbelastetem Bodenaushub.

Im Vorfeld der Rückbauarbeiten hat der AN zusammen mit dem Fachgutachter des AG bzw. mit der Bauüberwachung vor Ort eine Bestandsaufnahme der abzubrechenden Bausubstanz vorzunehmen, insbesondere wenn diese noch nicht auf ihre Zusammensetzung und mögliche Schadstoffbelastung untersucht wurde. Auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht, z.B. Öl- und Schmierstoffverunreinigungen, Teer- oder Bitumenanstriche, sind farblich zu kennzeichnen. Anschließend hat der Auftragnehmer Bau die erforderlichen Rückbau- und Abbrucharbeiten detailliert im Entsorgungskonzept zu beschreiben, vom AG übergebene Gutachten und chemische Analysen sind zu berücksichtigen.

Vor dem eigentlichen Abbruch sind alle schadstoffhaltigen bzw. entsorgungsaufwendigen Materialien aus dem Bauwerk auszubauen und getrennt zur Entsorgung bereitzustellen. Anschließend ist der verbleibende Rohbau abzubrechen und sortenrein zur Entsorgung bereitzustellen.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Werden beim Rückbau der baulichen Anlagen zuvor unentdeckte, auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht (kontaminierte Baustoffe) vorgefunden, sind die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen, die betreffende Baustelle zu sichern und die Bauüberwachung sowie der für Umweltschutzbelange verantwortliche Mitarbeiter unverzüglich zu informieren.

0.2.15.7 Umgang mit LST- und TK-Reststoffen sowie Schrott

Die Wiederverwendung bzw. Verschrottung/Verkauf von nicht wieder verwendungsfähigen Eisen-, Stahl- und NE- Recyclingmaterial sowie LST- und Telekommunikations-Restbaustoffen erfolgt durch den AG, die genannten Restbaustoffe verbleiben bis zum ordnungsgemäßen Abschluss der Entsorgung in dessen Eigentum.

Der AN hat den Anfall dieser Materialien unter Angabe von Art, Menge, Größe und Anfallort 4 Wochen vor dem geplanten Ausbau schriftlich beim AG anzuzeigen. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Zur Wiederverwendung bzw. Verschrottung/Verkauf vorgesehene Material ist durch den AN auf den zugewiesenen Bereitstellungsflächen bereitzustellen, von diesen Flächen erfolgt die Übernahme dieser Materialien durch einen vom AG benannten Empfänger.

Vom AN ist der Verbleib aller Restbaustoffe in einer Tabelle gesondert nach Bauabschnitten zu dokumentieren. Für die LST-Reststoffe sind die betreffenden Listen gemäß Handlungsanweisung des AG im Rahmen der zugehörigen PT1-Planung zu erstellen. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.15.8 Haufwerksbildung und Bereitstellung

Materialien zum Wiedereinbau bzw. Bauabfälle zur Entsorgung sind in sortenreinen Haufwerken aufzuhalten und bis zu einem Volumen von 500 m³ ordnungsgemäß bereitzustellen.

Dazu sind die anfallenden Materialien bzw. Bauabfälle nach ihrer zu erwartenden Belastung zu trennen. Unter Umständen ist die Bildung mehrerer Haufwerke auch bei geringen Aushub- oder Abbruchkubaturen erforderlich.

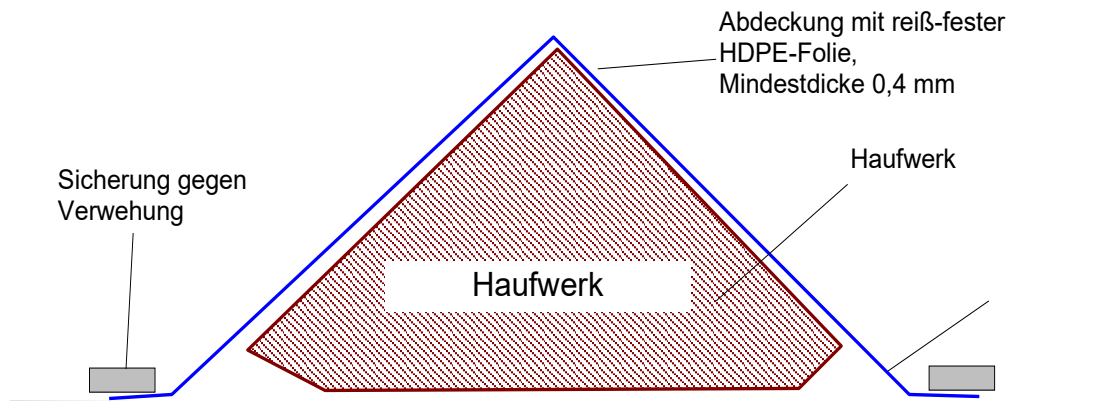
Die Wahl der Haufwerksstandorte und deren Flächenbedarf hat der AN in eigener Zuständigkeit gemäß seiner Baustellenlogistik nach zeitlichen- und mengenmäßigem Anfall zu ermitteln.

Die Haufwerke sind mit einem wetterfesten Schild, welches die Haufwerksbezeichnung und der Schadstoffklassifizierung angibt, dauerhaft zu kennzeichnen.

Der AN hat die in Haufwerken bereitgestellten Materialien generell so zu sichern, dass Gefährdungen von Schutzgütern durch die Abfälle oder darin enthaltene Schadstoffe ausgeschlossen sind.

Alle Abfälle mit der Einstufung ab RC 2/ BM 2 gemäß EBV oder höher sind immer mit einer Oberflächenabdichtung aus mind. 0,4 mm starker reißfester HDPE-Folie gemäß nachfolgender Darstellung zu sichern. Alle gemäß AVV bzw. Landesrecht als gefährlich eingestuften Abfälle sowie Abfälle mit spezifischem Verdacht auf Gefährlichkeit sind grundsätzlich immer mit mind. 0,4 mm starker reißfester HDPE-Folie abzudecken.

Alternativ zu der beschriebenen Untergrundabdichtung mit HDPE-Folie ist die Nutzung eines mit Bitumen oder Beton befestigten / versiegelten Untergrundes einschließlich einer Entwässerung der Fläche möglich.



Für alle Haufwerke hat der Auftragnehmer dem AG folgende Dokumente zu übergeben:

- Aushubprotokoll mit Angaben zu Bezeichnung, Lage, Ortsbeschreibung (Damm, Strecke, Bauwerk usw.), Materialart sowie Art und geschätzter Anteil von Fremdstoffen (Schotter, Bauschutt, Wurzeln etc.), Auffälligkeiten (Färbung, Geruch usw.),
- Fotodokumentation,
- Lageplan der Haufwerke mit Angabe der Bezeichnung, Materialart und Menge,
- Mengenermittlung (durch AN im Beisein der BÜW oder des Fachgutachters des ANs vorzunehmen).

Die zuvor beschriebenen Leistungen sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.15.9 Deklarationsanalytik

Alle im Bauvorhaben anfallenden Materialien einschließlich Altschotter sind durch den AN zum Zweck der Deklaration kontinuierlich baubegleitend chemisch zu untersuchen. Dabei sind die aktuellen Vorschriften auf Bundesebene sowie des jeweiligen Bundeslandes, die Herkunft des Materials und die Vorgaben des Bauvertrages zu berücksichtigen.

Im Bundesland Niedersachsen sind für die Deklarationsanalytik und Einstufung von Abfällen zur Entsorgung folgende Bewertungsgrundlagen heranzuziehen:

- Beprobung nach LAGA PN 98
- Auswertung nach EBV (Ersatzbaustoffverordnung)
- ggf. Deponieverordnung

Für die Analytik hat der AN ein für diese Tätigkeiten nach DIN EN ISO / IEC 17025 akkreditiertes Institut zu binden, dass durch eine zugelassene Akkreditierungsstelle zertifiziert wurde.

Die Probenahme hat gemeinsam vom AN und der Fachbauüberwachung Abfall zu erfolgen. Der AN gibt die jeweiligen Termine für die Probenahmen mit mind. 5 Arbeitstagen Vorlaufzeit beim AG und der Fachbauüberwachung Abfall bekannt.

Dem AG ist zu jeder Analyse unaufgefordert ein gutachterlicher Untersuchungsbericht mit folgenden Bestandteilen zu übergeben:

- abfalltechnische Bewertung *und* abfallrechtliche Einstufung der Einzelwerte sowie der jeweiligen Gesamtprobe
- aussagefähiges Probennahmeprotokoll mit Angaben zur Lage, Bezeichnung und geschätzten Menge des jeweils beprobten Haufwerks.

Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung eine Analytik durch ein akkreditiertes Labor abzufordern bzw. parallel ein weiteres Labor mit Kontrollanalysen zu beauftragen.

Eine Beprobung mineralischer Stoffe im eingebauten Zustand (in situ) und ein direkter Aushub und eine Abfuhr ist nur nach schriftlicher Zustimmung des AG zulässig. Der AN hat zuvor ein geeignetes Beprobungskonzept zur Prüfung und Freigabe durch den AG vorzulegen. Darin ist die Notwendigkeit der in situ-Beprobung zu begründen und es sind die virtuellen Haufwerke zu beschreiben (Herkunft, Art und Anzahl der Einzelentnahmen und Mischproben) und in geeigneter Form zu visualisieren. Der Ausbau der Materialien hat unter kontinuierlicher Begleitung durch die Fachbauüberwachung Abfall und den Abfallbeauftragten des AN zu erfolgen.

0.2.15.10 Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen

Das Nachweisverfahren besteht grundsätzlich aus der Vorabkontrolle der Zulässigkeit des Entsorgungsweges (Entsorgungsgenehmigung) und der Verbleibskontrolle über die ordnungsgemäß durchgeführte Entsorgung (Verbleibsnachweis).

Für alle im Bauvorhaben anfallenden gefährlichen und nicht gefährlichen Bau- und Abbruchabfälle ist eine Nachweisführung über die Entsorgung im elektronischen Abfallnachweisverfahren (eANV) zu gewährleisten.

Der AN, dessen Abfallverantwortlicher und die von ihm beauftragten Nachunternehmer sowie Abfallbeförderer und Entsorger haben aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Nachweisverfahrens im eANV mitzuwirken.

Die projektspezifische Ausgestaltung und das Zusammenwirken zwischen AN und AG sind im Entsorgungskonzept des AN auf der Basis der M.01.02.15.03 Anlagen 7 „Aufgabenverteilung Abfallmanagement“ und 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zu beschreiben und vom AG zu bestätigen.

Der AN hat innerhalb von 14 Werktagen nach Vorliegen der Genehmigung des Entsorgungsweges (Entsorgungsnachweis EN/VN) mit der Entsorgung der bereitgestellten Abfälle zu beginnen.

0.2.15.10.1 Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren

Vom Auftragnehmer sind folgende eANV - Zugänge und anwendungsbereite Geräteausstattungen für den Abfallbeauftragten / Bevollmächtigten des AN und die Beförderer auf der Baustelle zur Verfügung zu stellen. Die Ausstattung und die Zugänge sind im Entsorgungskonzept des AN zu dokumentieren:

- Gebräuchliche Computerhardware inkl. DSL-Verbindung (Internet) oder gleichwertig
- Abfallerfassungssoftware inklusive eigenständigem Zugang, kompatibel zur Zentralen Koordinierungsstelle der Länder (ZKS)

Optional: Kartenlesegeräte incl. Treibersoftware mit Zulassung der Bundesnetzagentur zur qualifizierten Signatur abfallrechtlicher Dokumente durch BÜW und Beförderer (Signaturarbeitsplatz)

Sofern die vom AN beauftragten Beförderer und / oder Entsorger (NAN) nicht am elektronischen Nachweisverfahren über nicht gefährliche Abfälle mitwirken, hat sich der AN entweder als „Sonstiger Beteiligter“ oder als Bevollmächtigter einen eigenen Zugang zu einem geeigneten eANV-System (Provider) inkl. ZKS-Postfach zu schaffen und zusätzlich folgendes zu gewährleisten:

- Ausstattung und Schulung der örtlichen Mitarbeiter des AN mit persönlichen Signaturkarten nach digitalem Signaturgesetz
- Nachweis der abfallrechtlichen Qualifikation der signaturberechtigten Mitarbeiter
- Erfassung der Entsorgungsvorgänge im eANV in der Rolle der nicht mitwirkenden Beförderer / Entsorger gemäß Anlage 12a „Leitfaden zur Realisierung des elektronischen Nachweisverfahrens (eANV) für nicht gefährliche Abfälle im ZEDAL“ zum M.01.02.15.03.

Die DB InfraGO AG verwendet als eANV-System das Programm „ZEDAL“ der „Abfallmanagement Datenverarbeitungs AG“ Recklinghausen. Zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe wird dem AN empfohlen, sich für einen Zugang zur ZEDAL - Portallösung anzumelden.

0.2.15.10.2 Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle

Vorabkontrolle

Das Nachweisverfahren für gefährliche Abfälle beinhaltet grundsätzlich eine Beteiligung der zuständigen Abfallbehörde im Wege der behördlichen Bestätigung bzw. Kenntnisnahme des Entsorgungsnachweises.

Der EN für gefährliche Abfälle besteht im eANV aus folgenden Dokumenten:

- Deckblatt des Entsorgungsnachweises (DEN)
- Verantwortliche Erklärung des Abfallerzeugers (VE)
- Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform
- ggf. Ergänzendes Formblatt für die Beauftragung / Bevollmächtigung / Andienung (EGF)
- Annahmeerklärung des Entsorgers (AE) und
- behördliche Bestätigung (Genehmigung) der für die Entsorgungsanlage zuständigen Abfallbehörde (BB).

Der AN hat dem AG mindestens 4 Wochen vor dem geplanten Entsorgungstermin mitzuteilen, dass ein Entsorgungsnachweis für die Entsorgung gefährlicher Abfälle oder von POP-Abfällen benötigt wird und dazu folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

- die Deklarationsanalysen mit gutachterlichem Bericht und Probenahmeprotokoll
- die Anlagengenehmigungen, z.B. Entsorgungsfachbetriebszertifikat oder BImSch-Genehmigung der vorgesehenen Entsorgungsanlagen,
- das EfB-Zertifikat bzw. die Beförderungserlaubnis des Beförderers nach § 54 KrWG für die Beförderung von gefährlichem Abfall

Durch den AG wird anschließend der elektronische Entsorgungsnachweis im eANV erstellt. Der AG beauftragt den AN durch Ausfüllen des sog. Ergänzendes Formblatts (EGF) mit der Gebührenübernahme für das Genehmigungs- / Andienungsverfahren für die durch den AN zu entsorgenden Abfälle. Dazu hat der AN das EGF vor dem AG elektronisch zu signieren.

Nach Vorliegen aller Dokumente signiert der AG die Verantwortliche Erklärung (VE) und übermittelt diese elektronisch an den vom AN benannten Entsorger. Dieser füllt die Annahmeerklärung (AE) aus und signiert diese, anschließend erfolgt die elektronische Übermittlung an die Behörde zur Genehmigung (Grundverfahren) bzw. zur Kenntnis (privilegiertes Verfahren).

Die Nutzung von Sammelentsorgungsnachweisen für gefährliche Abfälle und für POP-Abfälle durch den AN ist nur nach schriftlicher Zustimmung des zuständigen Teamleiters Umweltschutz zulässig.

Verbleibskontrolle

Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher rechtzeitig seinen Bedarf an Transportdokumenten (BS, ÜS) anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das elektronische Mustertransportdokument und generiert daraus die benötigte Anzahl von elektronischen Begleitscheinen und signiert diese.

Die im Auftrag des AN tätigen Abfallbeförderer haben die Transportdokumente bei Abfallübernahme auf der Baustelle elektronisch zu signieren.

Sofern die Signatur der Beförderer abweichend davon erst unmittelbar vor Abfallübergabe beim Entsorger erfolgen soll, ist hierzu mit dem AG eine gesonderte schriftliche Vereinbarung nach § 19(2) NachwV zu treffen M.01.02.15.03 Anlage 13 „Vereinbarung über die verspätete Signatur des Abfallbeförderers“.

0.2.15.10.3 Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle

Vorabkontrolle

Der Entsorgungsnachweis über die Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle im eANV besteht aus den gleichen Dokumenten wie der EN für gefährliche Abfälle, ausgenommen das Ergänzende Formblatt (EGF) und die Behördliche Bestätigung (BB).

Zur Vorbereitung der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle hat der AN folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

- die Anlagengenehmigungen (Entsorgungsfachbetriebszertifikat / BlmSch-Genehmigung) der vorgesehenen Entsorgungsanlagen und
- das EfB-Zertifikat bzw. die Anzeige des Beförderers nach § 53 KrWG bzw. für die Beförderung von ngA
- Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform

und zur Vervollständigung und Signatur an den AG elektronisch zu übermitteln.

Auf Basis dieser Angaben erstellt der AG den Vereinfachten Entsorgungsnachweis im eANV, signiert die VE und leitet den Vereinfachten Entsorgungsnachweis an den vom AN beauftragten Entsorger weiter. Der Entsorger erstellt und signiert die Annahmeerklärung, damit ist der VN vollständig.

Nimmt der Entsorger nicht am elektronischen Nachweisverfahren für nicht gefährliche Abfälle teil, hat der Auftragnehmer die vom Entsorger unterschriebene Annahmeerklärung einzuholen und dem AG zu übermitteln bzw. der vorausgefüllten AE als Anhang beizufügen (sofern der AN mit der Erstellung des VN beauftragt ist). In jedem Fall wird die Annahmeerklärung vom AG mit folgendem Zusatz signiert: „ENT nimmt nicht am eANV für ngA teil, AE wird als Datei beigefügt. Signiert für den ENT: DB InfraGO AG, siehe Original-AE im Anhang.“

Sofern der AN nicht gefährlichen Bodenaushub zur Verwertung in gesonderte Maßnahmen z.B. in andere Baustellen oder landwirtschaftliche Flächen verbringen will, hat er für die Vorabkontrolle einen Vereinfachten Entsorgungsnachweis (VN) zu verwenden und als Anhang die aktuelle Einbaugenehmigung der zuständigen Bodenschutzbehörde für das Material beizufügen. Die Verbleibskontrolle erfolgt mittels elektronischem Registerbeleg (ZEDAL).

Verbleibskontrolle

Für die elektronische Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle (ngA) sind Registerbelege (RB) zu verwenden. Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher seinen Bedarf an RB rechtzeitig anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das Mustertransportdokument (Registerbeleg), generiert daraus die benötigte Anzahl elektronischer Registerbelege und signiert diese.

Sofern die beauftragten Beförderer und / oder Entsorger nicht an der elektronischen Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle teilnehmen, hat der AN die entsorgten Abfallmengen auf der Grundlage vorliegender Lieferscheine / Wiegenoten in der Spalte des Beförderers und Entsorgers der verwendeten Registerbelege zu erfassen und diese in der Rolle des Entsorgers qualifiziert zu signieren.

Für die ordnungsgemäße Verbleibsdokumentation der entsorgten ngA ist es ausreichend, wenn der Entsorger durch Signieren der RB im eANV-System die Entgegennahme des Abfalls bestätigt. Eine elektronische Signatur des Beförderers ist nicht erforderlich.

Als direkter Nachweis für die erfolgte Abfallübernahme auf der Baustelle hat der AN hat die von ihm beauftragten Beförderer zu veranlassen, die erforderlichen Registerbelege als Papiausdruck zur Abfallübernahme auf die Baustelle mitzubringen, darauf die Übernahme zu quittieren und den unterschriebenen RB-Ausdruck der BÜW zu übergeben.

Auf den Verbleibsnachweisen bzw. entsprechenden Zusatzdokumenten hat der AN auch die Dokumentationsanforderungen gemäß der Gewerbeabfallverordnung niederzulegen.

0.2.15.10.4 Anzeige- u. Dokumentationspflichten gemäß Ersatzbaustoffverordnung

Soweit der AN bauvertraglich mit der Erstellung der obligatorischen Einbaudokumentation und ggf. erforderlichen Vor- und Abschlussanzeigen für den MEB-Einbau nach EBV beauftragt ist, hat er die für den Einbau von MEB in technische Bauwerke der DB oder den Einbau von nicht aufbereitetem Bodenmaterial in Bauwerke von Dritten notwendigen elektronischen Dokumente, z.B. Lieferscheine und je nach Beauftragung weitere Dokumente, im System ZEDAL elektronisch zu erstellen bzw. zu vervollständigen, und ggf. auch erforderliche Vor- und Abschlussanzeigen bei den zuständigen Behörden zu tätigen.

Die Erstellung des Deckblattes oder der Voranzeige erfolgt grundsätzlich erst nach AG-seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Für jede angelieferte Charge eines MEB, die in eine technische Bauweise eines Bauwerkes eingebaut wird, ist ein separater elektronischer Lieferschein zu erstellen. Als zusammenfassendes Dokument für jeden Satz gleichartiger Lieferscheine hat der AN ein elektronisches Deckblatt im ZEDAL zu befüllen bzw. zu erstellen. Sofern für den MEB-Einbau eine Vor- und Abschlussanzeige erforderlich wird, ersetzen diese das Deckblatt. Der Muster-Lieferschein und die Einzellieferscheine werden aus der Voranzeige generiert.

Abhängig vom Bauvertrag obliegen dem AN ggf. weitere Melde- und Übergabepflichten gegenüber von Behörden, dem AG oder Dritten.

0.2.15.11 Abrechnung von Entsorgungsleistungen

Für die Abrechnung von Entsorgungsleistungen sind dem AG die folgenden Unterlagen unaufgefordert vorzulegen:

- Abfallrechtliche Verbleibsnachweise wie beschrieben (Kopien ausreichend)
- Wiegescheine aus Nettoverwägung auf geeichter, stationärer Waage
- Mengennachweis auf der Baustelle (jeweils alternativ):
 - Volumenermittlung von Haufwerken,
 - Volumenermittlung Baugrube,
 - Nettoverwiegung auf der Baustelle,
 - Zählprotokoll.

Die prüfbare Abrechnung der Leistung setzt voraus, dass alle rechnungsbegründenden Unterlagen vorliegen.

Auf die Regelungen zu Ziff. 20.2 ff der ZVB-DB wird hierbei nochmals hingewiesen.

0.2.15.12 Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen

Für die Beförderung von gefährlichen Abfällen über öffentliche Verkehrswege zur Bereitstellungsfläche oder zur Entsorgungsanlage benötigt der Abfallbeförderer eine Beförderungserlaubnis nach § 54 KrWG bzw. der Beförderungserlaubnisverordnung (BefErlV; ersetzt TgV). Hiervon ausgenommen sind öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder Entsorgungsfachbetriebe, soweit sie für diese Tätigkeit zertifiziert sind.

Die mit dem Transport gefährlicher Abfälle befassten Beförderer müssen für den Leistungszeitraum über eine Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 und 57 KrWG bzw. über eine vergleichbare europäische Qualifizierung (Einhaltung der Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung (EfBV)) oder über eine Transporterlaubnis nach § 54 KrWG verfügen.

Für den Transport von nicht gefährlichen Abfällen müssen die Beförderer für den Leistungszeitraum eine Anzeige gemäß § 53 KrWG an die zuständige Behörde vorgenommen haben.

Alle zur Beförderung von Abfällen vorgesehenen Fahrzeuge sind mit zwei A-Tafeln zu kennzeichnen, dies gilt auch für Entsorgungsfachbetriebe.

Erlaubnis (gA) bzw. Anzeige (ngA) sind jeweils vom Beförderer auf dem Fahrzeug mitzuführen.

Beim Transport gefährlicher Abfälle sind zusätzlich folgende Unterlagen mitzuführen:

- Ausdruck des Begleitscheins mit allen Datenangaben (Auskunftsfähigkeit),
- bei verspäteter Signatur des Beförderers: Vereinbarung gem. § 19 Abs. 2 NachwV.

0.2.16 bleibt frei

0.2.17 bleibt frei

0.2.18 Leistungen für andere Unternehmer

entfällt

0.2.19 Zusammenwirken mit anderen Unternehmern

Im Rahmen der nach den Vertragsunterlagen vorgesehenen bauseitigen Koordination hat der AN Mitwirkungsleistungen zur Sicherstellung des vorausschauenden Schnittstellenmanagements in Bezug auf die Ausführung der übrigen an der Gesamtmaßnahme beteiligten Unternehmer aktiv wahrzunehmen. Hierzu hat er sich mit dem Auftraggeber abzustimmen und mitzuwirken, insbesondere bei Maßnahmen die Leistungen anderer Auftragnehmer als Vorleistung erfordern oder nachfolgende Leistungen beeinflussen.

Gegenstand und Ziel dieser Mitwirkung ist, dass der AN vorausschauend und aktiv die für seine Arbeitsvorbereitung und Abwicklung erforderlichen Informationen rechtzeitig über den AG abfordert und einbezieht, sowie seinerseits diesem die von ihm für die Verfolgung der Ordnung auf der Baustelle und des Zusammenwirkens der verschiedenen Unternehmer benötigten Informationen gleichermaßen so rechtzeitig zur Verfügung stellt, dass über die bauseitige Koordination die störungsfreie Abwicklung der Gesamtmaßnahme sicher gestellt wird.

Der AN hat in der Vorausschau der auf der Baustelle ineinandergreifenden Prozesse und Abhängigkeiten die Überlegungen und Maßnahmen zur Abstimmung so frühzeitig anzustellen und den Abstimmungsprozess mit dem AG durchzuführen, dass nach Lage der Dinge als erforderlich absehbare Klärungs- und Koordinierungsprozesse des Auftraggebers ohne Störungen des Bauablaufes erledigt werden können. Zu den Mitwirkungspflichten zählen hiernach u.a. die aktive Mitwirkung und Auskunftserteilung bei koordinationsrelevanten Gesprächen/Baubesprechungen, insbesondere unter Beteiligung anderer Unternehmer, und die unverzügliche Information über abgefragte Festlegungen seiner Arbeitsvorbereitung, einschließlich ausführungstechnischer und logistischer Aspekte. In Bezug auf mögliche Störungen und Konflikte setzt die Pflicht des ANs den AG über Behinderungen zu informieren ein, sobald für ihn Umstände erkennbar werden, die sich negativ auf die Ausführung der geschuldeten Leistung bzw. des Bauvorhabens insgesamt auswirken können.

Die Koordination der an der Ausführung beteiligten Unternehmer und die Ausübung aller im Zusammenhang stehenden Erklärungen und Anordnungen bleiben ausschließlich dem AG vorbehalten.

Die Aufwendungen, für die im Rahmen des Vertrages vorgesehene Mitwirkung des AN bei der auftraggeberseitigen Koordination sind als Nebenleistung in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.20 bleibt frei

0.2.21 bleibt frei

0.2.22 bleibt frei

0.2.23 DB-spezifische Angaben

Keine besonderen Anmerkungen

0.2.24 Ergänzende Ausführungsbestimmungen

Keine besonderen Anmerkungen

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.1 „Bauleitung und Stellvertreter“ der BVB:

Der verantwortliche Bauleiter muss über die notwendigen Qualifikationen verfügen. Diese werden regelmäßig unterstellt, wenn die benannte Person ein Ingenieurstudium erfolgreich beendet sowie über eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung als Projektleiter bei vergleichbaren Bauvorhaben verfügt.

Vom Bauleiter und Stellvertreter muss während der Ausführung der Arbeiten wenigstens einer ständig auf der Baustelle anwesend sein. Der Bauleiter oder sein Vertreter müssen an Sitzungen teilnehmen. Auf Forderung des AG gilt dieses auch für kurzfristig anberaumte Besprechungen.

Spätestens vier Wochen nach Auftragserteilung hat der Auftragnehmer ein vertrags- und projektbezogenes Organigramm vorzulegen. In diesem sind übersichtlich die wesentlichen Tätigkeitsfelder und das hierfür vorgesehene verantwortliche Personal anzugeben.

0.3 Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV

Keine besonderen Anmerkungen.

0.4 Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen

0.4.1 Nebenleistungen

keine besonderen Anmerkungen

0.4.2 Besondere Leistungen

Keine besonderen Anmerkungen

0.5 Technische Bearbeitung

0.5.1 Ausführungsunterlagen

Seitens des AG werden nur die der Ausschreibung beigelegten Unterlagen übergeben. Der AN hat sämtliche, für die geschuldete Werkleistung erforderlichen Planungsleistungen zu erbringen, insbesondere auch die Ausführungsplanung, statische Berechnung etc., soweit diese nicht ausdrücklich als vom AG geschuldet vorgegeben sind. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren.

Der AN hat mit Übergabe eines jeden Plansatzes der Ausführungsunterlagen ein Leistungsverzeichnis mit den sich auf Basis dieser Planung ergebenden voraussichtlichen Ausführungsmengen (VA-Menge bzw. VAM) der betroffenen Gewerke des Vertragsleistungsverzeichnisses vorzulegen.

0.5.2 Vermessungstechnische Bestandsdokumentation

Die Grundlagen der vermessungstechnischen Bestandsdokumentation sind insbesondere in den Ril 804, 809, 883, 885 und 886 geregelt. Diese umfasst die Aktualisierung der Bahn-Geodaten mittels AVANI zur Erzeugung der Ivl-Bestandspläne (Topographie und ggf. Gleisnetzdaten), die Lichtraumdokumentation, die Überprüfung des Festpunktfeldes und die Überarbeitung der Gleisnetzdaten sowie der Trassen- und Weichenhöhenpläne.

Vor Beginn der Dokumentationsleistungen ist der Umfang der vermessungstechnischen Arbeiten sowie das zu verwendende Lage- und Höhenbezugssystem mit dem Arbeitsgebiet Ingenieurvermessung des AG zwingend abzustimmen.

Gleisvermarkung:

Die Gleisvermarkung ist nach dem Umbau auf Vollständigkeit und Verwendungsfähigkeit zu überprüfen. Vom AN zerstörte oder beschädigte Punkte des übergebenen Festpunktfeldes sind zu ersetzen und nach den Kriterien der Ril 883.2000 / 883.3000 neu zu bestimmen. Die Kosten hierfür trägt der AN.

Festpunktfeld:

Die Lage- und Höhenfestpunkte sind nach dem Umbau auf Vollständigkeit und Verwendungsfähigkeit zu überprüfen. Vom AN zerstörte oder beschädigte Punkte sind gem. Ril 883.2000 auf Kosten des AN zu ersetzen und neu zu bestimmen.

Trassenplan:

Bei Änderungen an der Gleisgeometrie, Geschwindigkeiten, Gleisvermarkungspunkten oder Bauwerken sind neue Trassenpläne zu erstellen.

Gleisnetzdaten:

Bei Änderungen an der Gleisgeometrie (7-Linien Modell) oder an Gleisvermarkungspunkten sind die Gleisnetzdaten im Format Verm.esn (*.tra, *.gra, *.kf) zur gleisgeometrischen Prüfung und im GNEdit-Format (*.mdb-Schnittstelle zu AVANI) zu liefern.

Topographie:

Es ist ein abschließender Feldvergleich durchzuführen. Veränderungen der Topographie, insbesondere der Signale, Bahnsteige, Schächte, Böschungen, Brücken, Durchlässe sind einzumessen und in AVANI im Abbildungssystem DB_REF einzuarbeiten (AVANI-Job). Diese Leistungen dürfen nur durch Ingenieurbüros mit AVANI-Zugang ausgeführt werden.

Lichtraumdaten:

Es ist eine Lichtraummessung für den erweiterten Lichtraum durchzuführen und das Ergebnis der Auswertung mittels definierter Schnittstelle an die Lichtraumdatenbank zur Aktualisierung zu übergeben. Die Grundlage für die Bestandsdokumentation von Lichtraumdaten bilden die Richtlinien 458, 809, 883 und 885. Informationen zum Themenbereich Lichtraum (u. a. Beschreibung der Schnittstelle) können auf folgender Seite abgerufen werden: <https://ipid.dbnetze.com/start>

0.5.3 Bauwerksdokumentation

Vom AN ist die Übereinstimmung der Bauausführung mit den bauaufsichtlich genehmigten Plänen schriftlich zu bestätigen.

- Als Bestandszeichnungen gelten Ausführungszeichnungen und Berechnungen, die entsprechend dem Prüf- und Genehmigungsverfahren und der Bauausführung berichtigt sind und als „Mit der Ausführung übereinstimmend“ durch AN und AG bzw. deren Vertreter erklärt sind.
- Darüber hinaus sind vom AN Übersichtspläne anzufertigen, die zu Bestandsübersichtsplänen gem. den oben genannten Vorschriften fortzuschreiben sind.
- Im Bauwerk oder dem Baugrund ggf. verbleibende Baubehelfe und Bauteile sind in den Bestandsplänen darzustellen.
- Es ist eine Abstimmung mit dem Arbeitsgebiet IZ-Plan des AG durchzuführen.

0.5.4 Bauzeitenplan

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.2 der BVB:

Der durch den AN zu erstellende Bauzeitenplan ist dem AG 14 Kalendertage nach Zuschlagserteilung erstmals vorzulegen.

Der Bauzeitenplan muss mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Vorgangsname
2. Vertragsbeginn (Datum)
3. Vertragsende (Datum)
4. Vertragliche Zwischentermine (Datum)
5. Reihenfolge der Leistungen (gem. BVB)
6. Dauer der einzelnen Leistungen
7. Darstellung technisch nachvollziehbarer Abhängigkeiten der vertraglichen Leistungen
8. Darstellung technisch nachvollziehbarer Abhängigkeiten mit den Leistungen anderer
9. Unternehmer
10. Sperrpausen sind zuzuordnen und technologisch detailliert darzustellen
11. Tägliche Arbeitszeit (Std./AT)
12. Anzahl Schichten pro Arbeitstag (im Notizfeld)
13. Kapazitäten Hinterlegung (im Notizenfeld oder Nutzung der Ressourcenplanung)
14. Detaillierte Angaben über den Ablauf gemäß den Einzelabschnitten des LV
15. Berücksichtigung betrieblicher Vorgaben sind darzustellen (technisch nachvollziehbar)
16. Logistik ist technisch nachvollziehbar darzustellen
17. Abnahmezeiten sind zu berücksichtigen und auszuweisen
18. Zeiten für Baustelleneinrichtung und Räumung sind auszuweisen (gem. BVB)

19. Der Planlauf ist gem. den vertraglichen Regelungen auszuweisen und mit ausreichend Vorlauf zu berücksichtigen
20. Leistungsstand (im Feld „% abgeschlossen“)
21. Geplanter Mittelabflussplan der Vertragsleistung -zeitlich (monatlich) in der Gewerkestruktur des Leistungsverzeichnisses dargestellt.

Der AN hat den Bauzeitenplan während der Vertragslaufzeit monatlich zu aktualisieren (Soll-Ist-Vergleich) und dem AG zu übergeben.

Der Bauzeitenplan ist als Weg-Zeit-Diagramm und als GANTT-Diagramm zu erstellen. Die Unterlagen sind 5-fach in Papierform und in digitaler Form zu liefern.

0.6 Baubeschreibung

0.6.1 Allgemeines

Gegenstand dieser Ausschreibung sind die bautechnischen Leistungen zur Erneuerung der BÜSA des Bahnübergangs „Ohrweger Straße“ in Bahn-km 20,754 an der Strecke 1520 Oldenburg - Leer.

Der BÜ 20,754 Ohrweger Straße wird zukünftig durch Lichtzeichen (Farbfolge gelb/rot), vorgeschaltete Lichtzeichen und Halbschranken mit Fußgängerakustik technisch gesichert. Die Funktionsüberwachung der Sicherungsanlage erfolgt zugüberwacht mittels im Bremsweg aufgestellter Überwachungssignale, die mit PZB-Magneten (1000Hz) ausgerüstet sind (LzH(-vLz)-ÜS).

Innerhalb des 27m-Räumbereiches mündet im Quadranten IV die landwirtschaftliche Straße „Am Westerfeld“ und im Quadranten I ein Feldweg auf die Erschließungsstraße.

Der vorrangberechtigte Verkehr aus Richtung der Quadrant I / IV wird durch die vorgeschalteten Lichtzeichen vor dem Einmündungsbereich der Straße „Am Westerfeld“ angehalten, um das Räumen des BÜ durch wartende Linksabbieger sicherzustellen.

Die zulässige Geschwindigkeit auf der Ohrweger Straße beträgt 50 km/h.

Das erforderliche Kabelführungssystem wird im Rahmen der vorlaufenden Baumaßnahme zur Erneuerung des BÜ 23,5 Westersteder Straße (Herstellung Streckenkabelführungssystem) hergestellt. Ergänzt werden müssen - im Rahmen dieser Baumaßnahme - die Verrohrungen zu den Anlagenkomponenten der Schrankenantriebe, der Lichtzeichen, der vorgeschaltete Lichtzeichen und der Ausschaltschleifen im Gleis.

Zusätzlich sind die Gründungen der Anlagenkomponenten für die Bahnübergangssicherungsanlage auf Rahmrohren und des BÜ-Schalthauses für die Innenanlage auf Gliedererdfüssen im BÜ-Bereich neu hergestellt.

Die Fahrbahnbreite der querenden „Ohrweger Straße“ entspricht im Räumstreckenbereich (jeweils 30 m vor und hinter der Gleisachse) nicht dem richtlinienkonformen Maß gemäß Ril 815.3000. Es hat eine grundlegende Erneuerung und Verbreiterung der „Ohrweger Straße“ und der durch die Schleppkurvennachweise festgelegten Einmündungsbereiche in den Quadranten I und IV erfolgen. Diese Straßen- und Tiefbauarbeiten sind gemäß dem vorliegenden Kreuzungsplan durchzuführen.

Im Rahmen der BÜ-Erneuerung werden die vorhandene BÜ-Befestigung des Streckengleises zurückgebaut und durch Beton-Innen- und Außenplatten des Fabrikats Bodan ersetzt. Hierbei ist die neue BÜ-Breite inkl. der notwendigen Verbreiterungsbereiche mit $b = 0,30$ m beidseitig zu beachten. Die Auflagersteine der Außenplatten in den Quadranten I/IV sind mit Rinnenborden herzustellen. Hierbei sind die Einbauanweisungen des Herstellers zu beachten.

Weitere Details sind dem Kreuzungsplan zu entnehmen.

Mit der Erneuerung der BÜSA und der Anpassung der Fahrbahnbreite wird der BÜ dem geltenden Regelwerk und den aktuellen Regeln der Technik angepasst und die Erhöhung der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer erreicht.

Oberbauarbeiten

Oberbauarbeiten finden nur in geringfügigem Maße im Zusammenhang mit dem Ausbau der vorhandenen Innenplatten und dem Einbau der Beton-Innen- und Außenplatten der neuen BÜ-Befestigung statt.

Aufbau des Leistungsverzeichnisses (LV)

Das LV ist wie folgt aufgebaut:

Los 1 – Erneuerung der BÜSA mit Allgemeinen Leistungen Infrastruktur, Kabeltiefbau, Straßenbau, Oberbau und 50Hz-Arbeiten

0.6.2 Hinweise zur Baudurchführung

Die Baumaßnahme beginnt am 27.04.2026. Mit den Arbeiten der Baustelleneinrichtung kann bereits 1 Woche vorher begonnen werden. Mögliche Sperrzeiten der „Ohrweger Straße“ für den Straßenverkehr sind mit dem Straßenbaulastträger frühzeitig abzustimmen. Gleissperrzeiten: Eine genaue Aufstellung befindet sich in der Anlage 3.15 „Sperrzeitenübersicht“.

Die Baufreiheit für den signaltechnischen Systemhersteller muss vom 29.06.2026 bis zum 24.07.2026 gegeben sein.

Die Abnahme der Anlage erfolgt vom 20.07.2026 bis zum 22.07.2026. Die IBN ist für den 23.07.2026 vorgesehen.

0.6.2.1 Verkehrsflächen

Für eine behinderungsfreie und damit sichere und schleppkurvengerechte Führung der Fahrzeuge wird die Westersteder Straße in dem dafür erforderlichen Umfang aufgeweitet und trassiert. Der vorhandene Fahrbahnaufbau wird im Kreuzungsstück zurückgebaut und die neuen Verkehrsflächen werden im Vollausbau erstellt.

Die Forderungen der RIL 815 nach ausreichend großer Kuppen- / Wannenausrundung im Bereich des BÜ werden eingehalten.

Der Fahrbahnaufbau der neuen Verkehrsflächen erfolgt gemäß RStO 12, Bk 1,8

4,0 cm Asphaltdeckschicht AC 11 DS
12,0 cm Asphalttragschicht AC 32 TS, Ev2 = 120 MN/m²
59,0 cm Frostschuttschicht 0/45, Ev2 = 45 MN/m²
75,0 cm Gesamtdicke

Siehe dazu auch Unterlage 6.0.

Auf den Straßenverkehrsflächen werden Halte-, Fahrbahnbegrenzungs- und Leitlinien aufgebracht.

Die neuen beidseitig eingebauten Asphaltbefestigungen werden bis an die Außenkanten der Auflagersteine herangezogen und die Fuge mit einem bituminösen Fugenverguss bzw. einem TOK-Band versehen.

Im Gleisschotterbereich wird die Asphalttragschicht in angepasster Stärke auf einem Geotextil aufgebracht.

Ein Stellplatz für Wartungsfahrzeuge wird senkrecht zur „Ohrweger Straße“ am neuen Schalthaus im Quadranten IV angelegt und mit Rassengittersteinen befestigt.

Vor und hinter dem BÜ-Bereich befinden sich gemäß Ril 820 B90-Schwellen in ausreichender Anzahl, sodass kein Schwellenwechsel erforderlich ist.

0.6.2.2 Straßenentwässerung

Das Oberflächenwasser der Straßenflächen wird wie im vorhandenen Zustand zum größten Teil über die Quer- und Längsneigung in die Straßenrandbereiche und über die belebte Bodenschicht versickert. Die verbleibenden Straßenflächen unmittelbar am BÜ entwässern über das oben genannte Rinnenbord und eine in den Quadranten II / III angeordnet Schwerlastrinne in die Bahnseitengräben. Das Regenwasser vom Schalthaus wird über den Traufstreifen ins Gelände versichert.

0.6.2.3 Oberbauarbeiten – Gleisbau

Keine besonderen Anmerkungen

0.6.2.4 Beschilderung und Ausstattung

Der BÜ-Bereich und die Straßen sind mit einer Bahnübergangsbeschilderung (Andreaskreuze, Gefahrenzeichen) und einer verkehrsregelnden Beschilderung ausgestattet.

Die von der Straßenverkehrsbehörde anzuordnenden und vom Straßenbaulastträger aufzustellenden oder zu ändernden Gefahren-, Vorschrifts- oder sonstigen Zeichen sowie die Fahrbahnmarkierung sind vor Inbetriebnahme der Anlage anzubringen.

0.6.2.5 Baugrund – Gründungen

Die Fundamente für die Anlagenteile werden als Rammrohre (große Bauform für Schrankenantriebe, kleine Bauform für die Lichtzeichenmaste) ausgeführt. Das neue Beton-Schaltheus wird auf vier zertifizierte Fertigteilfundamente flach gegründet.

Die Gründungstiefen ergeben sich aus den Ergebnissen der Baugrunduntersuchung und den durchzuführenden statischen Nachweisen.

0.6.2.6 Kampfmittel

Die Anforderungen zur Klärung der Kampfmittelfreiheit wurden erbracht. Die Bewertung der Luftbilddatenbank hat ergeben, dass kein Kampfmittelverdacht besteht. Gleichwohl sind die üblichen Vorsichtsmaßnahmen bei Bodenarbeiten zu beachten.

0.6.2.7 Leitungen

Gemäß Leitungsabfrage verlaufen im Baubereich Leitungen für Trinkwasser und der Telekommunikation. Die Lage der Leitung ist während der Bauarbeiten zu erkunden und ggf. zu sichern bzw. sind Schutzmaßnahmen vorzusehen. Eine Verlegung der Leitungen ist nicht erforderlich. Weitere Leitungen sind nicht bekannt.

0.6.2.8 Baustelleneinrichtungsfläche

Im Bereich der Quadranten I und II stehen Baustelleneinrichtungsflächen von insgesamt 175 m² zur Verfügung. Die benachbarten Straßenflächen sind während der Straßensperrung als Zwischenlagerflächen zu nutzen. Weitergehende Flächen sind, soweit erforderlich, von der Baufirma zu beschaffen.

0.6.2.9 Kabeltrasse, Kabeltiefbau

Entlang der Bahnstrecke steht bahnlinks ein Kabelkanal einschließlich der notwendigen Schächte mit Straßenquerung und eine Gleisquerung mit Anschlußschächten im Bereich des Bahnüberganges zur Verfügung.

Für die Verkabelung zu den Anlagenkomponenten wird das Kabelführungssystem mit der nachfolgend beschriebenen Gleisquerung über einen Kabelaufbauschacht Gr. VII und eine Leerrohrtrasse (DN 110) verbunden.

Die neue Gleisquerung ist über einen KAS Gr. V mit Schutzrohren DN 300 St (Außendurchmesser 323,9 mm, Mantelrohr Mindestwanddicke 6,6 mm nach Ril 877.2203.A03 und DIN EN 10216 - 1/10217-1, Stahl P 235 TR 1 / TR 2) einschl. 4 Leerrohren DN 110 hergestellt und endet in einem KAS Gr. VII im Quadranten IV außerhalb des Lasteintragsbereichs der Eisenbahnverkehrslasten.

Der Kabelkanal ist auf der gesamten Einschaltstrecke vorhanden. Das Streckenkabel zu den Einschaltpunkten und zum Stellwerk wurde in dem vorhandenen Kabelkanal entlang der Gleisanlage verlegt.

Die am BÜ vorhandene Verkabelung ist mit dem Rückbau der alten BÜSA soweit möglich zu entfernen.

Die bahnseitig beigestellten Kabel sind in das Kabelführungssystem gemäß Vorgabe einzulegen bzw. einzuziehen.

In die Einheitspreise zur Verlegung von Kabelschutzrohren sind folgende Maßnahmen einzurechnen:

- Der Einbau von Abstandhaltern bei Verlegung in offener Baugrube
- Bei Einbau von Schiebemuffen das Verkleben der Rohre in den Muffen, einschließlich der Schiebemuffen an den Stoßstellen.
- Maßnahmen zur Abdichtung, z.B. Verschlussstopfen, -becher, Abdichtstopfen oder mit Gummi-einlagen bzw. Zementmörtel
- Reinigungs- und Klebstoffe
- Das Einsanden der Rohre, einschließlich der ausreichenden Verdichtung zwischen den Rohren. Der Sand ist vom AN beizustellen.
- Das Einlegen von verzinkten Ziehdrähten einschl. erforderlicher Materialien.

0.6.2.10 Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik

Rückbau

Die BÜSA-Anlagenteile sowie zugehörige Komponenten werden zurück gebaut. Nicht mehr benötigte Altkabel sind von den Kabelverteilern bzw. Schaltgestellen abzunehmen, ordnungsgemäß zu verkappen und aus den Kabelkanälen zu entsorgen oder bei Erdverlegung im Erdreich zu belassen.

Die Schranken und Blinklichter sowie die alten Verteilerschränke und das Schaltheus werden zurückgebaut.

Die alten Anlagenteile werden der DB InfraGO AG – Technisches Kunden- und Wertstoffmanagement (I.NPV 33(3)) in Wuppertal zur Aufarbeitung angeboten bzw. bei ablehnendem Bescheid umweltgerecht entsorgt.

Neubau

Die Bahnübergangssicherungsanlage besteht künftig aus folgenden Bestandteilen:

Schranken: A1 und A2 2 Halbschranken

Lichtzeichen: S1-S4 4 Signalgeber (Rot-Gelb), Straße und Gehwege
S5 1 Signalgeber (Rot-Gelb) als Seitenlicht
S6, S7 vorgeschaltete Signalgeber (Rot-Gelb)

Schaltheus: Im Quadranten IV wird ein neues Betonschaltheus (BSH) für die Schalteinrichtung aufgestellt.

Einschaltpunkte: An der Strecke werden in Bahn-km 18,874 sowie Bahn-km 21,680 Einschaltsschleifen montiert.

Unwirksamkeitstasten sind projektiert.

Gleisquerungen: auf der Strecke sind keine zusätzlichen Gleisquerungen erforderlich.

0.6.2.11 Anlagen der Elektrotechnik

50 Hz Arbeiten des AN

Die Ausführungsplanung umfasst die Einspeisung des neuen LST-Betonschaltheuses über eine neu zu errichtende Zähleranschlusssäule (ZAS VNB) sowie die Errichtung der Erdungsanlage. Das Betonschaltheus wird im Quadranten IV errichtet. Eine Beleuchtung des Bahnübergangs ist nicht vorgesehen.

Stromversorgungsanlage

Die Ausführungsplanung beinhaltet die Einspeisung des neuen Betonschalthauses BÜ 20,274 aus einer neu zu errichtenden Zähleranschluss säule (ZAS VNB) der DB InfraGO sowie die Erdungsanlage.

Potentialausgleichs-/Erdungsanlage

Für die gesamte Bahnübergangssicherungsanlage ist ein lokales Erdungs- und Potentialausgleichssystem entsprechend der Richtlinien 954.0107 sowie 819.0907 herzustellen.

Die leitfähigen Anlagenteile innerhalb des Schalthauses sind über die im Inneren des Gebäudes montierten Potentialausgleichsschienen in den Potentialausgleich einbezogen.

Durch den Lieferanten der Sicherungstechnik wird auf dem Erdungsbolzen an der Gebäudeinnenseite eine Hauptpotentialausgleichsschiene (HPAS) montiert.

Befinden sich keine Gleisstromkreise im BÜ-Bereich, sind beide Schienen mit einem Schienenverbinder zu verbinden. Die Gleisanschlüsse dürfen nicht im Bereich von Fahrzeugsensoren (FS-Schleifen oder Achszählern) angeordnet werden. Die Gleisanschlüsse sind mit dem örtlichen Signaldienst abzustimmen und festzulegen.

Die Anschlüsse an den Potentialausgleichsschienen sind eindeutig zu kennzeichnen.

Blitz- und Überspannungsschutz

Der Schutz des Schalthauses vor Blitzströmen und Überspannungen erfolgt auf Grundlage der Ril 954.9105 „Gebäudeblitzschutz“ sowie der Ril 819.0808 „Blitz- und Überspannungsschutz von LST-Anlagen“.

Kabelkennzeichnung/-verlegung

Für die Zuführung der Kabel zu den Anlagenteilen wurde ein neues Kabelführungssystem bestehend aus Kabelschächten, Umleitungs- und Anschlussbausätzen sowie Gleis- und Straßenquerungen errichtet.

Die Gleise werden jeweils mit einem Stahlschutzrohr DN 300 und 4 Kabelschutzrohren DN 110 unterquert. Die Straßenquerungen bestehen aus 4 nebeneinander verlegten Kabelschutzrohren DN 110.

Die Kabelverlegung erfolgt entsprechend den gültigen Vorschriften bzw. technischen Unterlagen der DB AG. Prinzipiell sind bei der Kabelverlegung die Bedingungen des jeweils aktuellen Kabelmerkblattes der DB AG einzuhalten.

Bei der Kabelverlegung ist auf die Einhaltung der Biegeradien zu achten. Der zulässige Biegeradius beim Verlegen von einadrigen Kabeln ist der 15-fache Kabeldurchmesser und beim Verlegen von mehradrigen Kabeln der 12-fache Kabeldurchmesser. Bei Biegung der Kabel in der Nähe der Anschlussstellen kann der Biegeradius auf die Hälfte reduziert werden. Diese Reduzierung kann auch bei Ausführungen aus Kabeltrassen nötig werden. Dabei ist das Kabel auf mind. 30°C anzuwärmen. Beim Einziehen der Kabel ist auf die Einhaltung der max. Zugkräfte zu achten:

- 50 N/mm² für nicht flexible Kabel / Leitungen während der Verlegung
- 15 N/mm² für flexible Kabel / Leitungen bei gleichbleibender Zugbelastung und für nicht flexible Kabel / Leitungen im Betrieb in fest installierten Stromkreisen

Die Kabel sind mit abriebfesten und dauerhaften Kabelkennzeichnungen auf Grundlage der Kabelliste zu beschriften. Bei der Beschriftung ist die Ril 954.0102 zu beachten. Außerhalb von Schutzrohrstrecken ist eine Kennzeichnung der Kabel mittels Kabelkennzeichnungsschlaufen im Abstand von 5 m vorzunehmen sowie grundsätzlich an Abzweigstellen und in Kabelschächten (2-mal). An den Stellen von Kabeltrograssen, die mit einer Öffnung im Trogdeckel ausgestattet sind, sind zwingend die Kabel zu beschriften.

0.6.2.12 Anlagen der Telekommunikation

Im Rahmen der Anlagenerneuerung wird gewährleistet, dass eine Fernsprechverbindung zum Fdl oder BÜ-Beobachter über GSM-R oder FbS erhalten bleibt. Der vorhandene Fernsprecher wird zurück gebaut, der F-Kasten soll aber als Ablagemöglichkeit erhalten bleiben und ist umzusetzen.

0.6.2.13 Verkehrssicherung / Verkehrsführung

Für die Zeit der Straßen- bzw. Oberbauarbeiten ist die „Ohrweger Straße“ für den Durchgangsverkehr zu sperren. Die Umleitung des Verkehrs erfolgt über das benachbarte Straßennetz und wird vom AN in Absprache mit der Stadt Westerstede organisiert. Die entsprechenden Abstimmungen sind zwingend erforderlich. Evtl. können Unterlagen früherer Umleitungen genutzt werden.

Eine Aufgleisungsmöglichkeit für Zweiwegebagger besteht am BÜ. Weitere Aufgleisungsmöglichkeiten werden vom AG nicht gestellt. Wenn der AN weitere benötigt, ist es seine Sache sich diese zu erstellen, zu unterhalten, zu betreiben und vollständig zurückzubauen. Die Aufwendungen hierfür sind einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

0.6.3 Zur Verfügung gestellte Unterlagen

nur zur Ausschreibung		
Unterlage 1	Erläuterungsbericht	
Unterlage 2	Übersicht	
2.1	Übersichtskarte	
2.2	Übersichtsplan	x
Unterlage 3	Bestandsunterlagen	
3.0	Bestands- und Leitungsplan	x
3.1	Fotodokumentation	
Unterlage 4	Kreuzungspläne	
4.0	Lageplan (KPL)	x
4.1	Schleppkurvenplan	
4.2	Markierungs- u. Beschilderungsplan	x
4.3	Streuwinkelplan	
4.4	Kreuzungsplanung - Straße	
4.5	Baustelleneinrichtungsplan	X
Unterlage 5	Höhenplan	
5.0	Höhenplan	x
Unterlage 6	Querprofile / Details	
6.0	Schnitte und Details	
6.1	Querprofile (Blatt 1-9)	
6.2	Schachtliste (KTB)	
Unterlage 7.1	Streckenverkabelung und Kabeltiefbau	
7.1	Blatt 1 bis 10	
Unterlage 8	Oberbauarbeiten	
Unterlage 9	Baugrundgutachten	x
Unterlage 10	Landschaftspflegerischer Fachbeitrag	x
Unterlage 11	50 Hz-Planung	